

Sozialdemokrat

Zentralorgan d. Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei i. d. Tschechoslowakischen Republik.
Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.
Redaktion und Verwaltung: Prag II., Křižkova 18 • Telefon: 20705, 31460 • (Nachdruckkosten): 20797 • Postkassennr.: 57344

11. Jahrgang.

Sonntag, 8. November 1931

Nr. 260.

Das neue Bankengesetz.

Prag, 7. November. Der Entwurf des neuen Bankgesetzes, welches das Finanzministerium ausgearbeitet hat, und mit dem sich soeben die Regierung befaßt, ist im Grunde nur eine Novellierung der alten Bankgesetze Nr. 237, 238 und 239 aus dem Jahre 1924.

Die Hauptbestimmungen dieses Entwurfes betreffen eine Erhöhung des Schutzes der Einleger durch eine genauere Regelung der Bedingungen für das Einlagegeschäft auf Sparbüchel, durch Erhöhung der zivil- und strafrechtlichen Verantwortung der Bankfunktionäre durch eine Garantie ihrer Unparteilichkeit bei der Bewirtschaftung des Bankvermögens, sowie durch eine Verbesserung der Bankrevisionen.

Der Gesetzentwurf enthält ferner Bestimmungen, welche eine Herabsetzung der Personalregie der Banken ermöglichen sollen und die Bezüge der Funktionäre, sowie das Nebeneinkommen derselben unter die Kontrolle des Verwaltungsrates stellen.

Die Novellierung einiger Bestimmungen der zitierten Gesetze über den Spezialfond und den allgemeinen Fond soll vor allem eine durchgreifende Kontrolle der Geschäftsabwicklung bei den aus den Fonds sanierten Instituten ermöglichen, damit der Zweck der hier verwendeten öffentlichen Mittel auf diese Weise im Interesse der gesamten Volkswirtschaft gesichert wird.

Schließlich enthält der Gesetzentwurf eine Reihe von Bestimmungen eher formellen Charakters, welche den ursprünglichen Wortlaut der zitierten Gesetze auf der Grundlage praktischer Erfahrungen, die bei der Durchführung erworben wurden, vervollkommen sollen.

Disziplinargericht über Slabáček.

Der Zentralvollzugsausschuß der sozialdemokratischen Partei hielt gestern eine Sitzung ab, in welcher Dr. Krámař Bericht über die Verhandlung in Angelegenheit des gewesenen Generalsekretärs Slabáček erstattete. Dr. Krámař erklärte, daß es sich in dieser Angelegenheit überhaupt nicht um Ideen- oder politische Konflikte handelte und daß der gewesene Generalsekretär niemals weder in den Parteiorganen, noch auch ihm selbst gegenüber vor Ueberreizung seines Memorandum's Einwendungen gegen die Politik der Partei vorgebracht habe. Es fand eine eingehende Debatte statt, worauf mit allen gegen drei Stimmen das Vorgehen und die Erklärung des engeren Vorstandes und die Begründung dieser Erklärung in Angelegenheit Slabáček's gebilligt wurden. Einmütig beschlossen wurde, daß das Disziplinargericht das Verfahren über die Handlungsweise des gewesenen Generalsekretärs durchführe.

Dr. Nulky gegen Gerüchte über eine Habsburger-Restauration.

Der heutige „Slovenský Svobod“ veröffentlicht eine Unterredung mit dem tschechoslowakischen Gesandten in Paris, Dr. Nulky, welcher erklärte, es sei unverständlich, über eine Restauration der Habsburger zu sprechen, und unsinnig, zu glauben, daß eine solche möglich wäre. Es ist dies am besten aus dem heutigen wirtschaftlichen und finanziellen Stand jener Länder zu ersehen, um die es sich im Falle einer Habsburger-Restauration handeln könnte. Es ist eine Täuschung, falls jemand ernstlich daran denke, Frankreich ins Gesicht zu lachen, dem gegenüber hier feste Verpflichtungen hinsichtlich der Habsburger bestehen, und es läßt sich insbesondere in dieser Richtung jene Staaten, welche nicht nur die Hilfe, sondern auch den guten Willen Frankreichs dazu brauchen, um die Folgen der gegenwärtigen wirtschaftlichen und finanziellen Schwierigkeiten bei ihnen einigermaßen zu mildern. Möge niemand glauben, daß Frankreich die von ihm unterschriebenen Verträge für einen wertlosen Rechen Papier ansehe.

Labile Mehrheit im amerikanischen Senat.

Washington, 7. November. (Reuter.) Durch das plötzliche Ableben des demokratischen Senats für den Bezirk Little Rock in Arkansas besitzen die Republikaner die Mehrheit von einer Stimme im Senat der Vereinigten Staaten.

Unklarheit in der Mandchurei.

Briand greift wieder ein. — Einstellung der Kampfhandlungen?

Genf, 7. November. Der Völkerbundsrat tritt, wie offiziell heute vom Völkerbundsekretariat bestätigt wird, am 16. November in Paris zusammen. Auf den Wunsch der französischen Regierung, die Tagung von Genf nach Paris zu verlegen, haben sämtliche Ratsmächte zustimmend geantwortet.

Briand hat in seiner Eigenschaft als derzeitiger Präsident des Völkerbundes einen neuen dringenden Appell an die Regierungen von Tokio und Nanjing gerichtet und sie ersucht, ihren Befehlshabern Weisungen zu erteilen, um weitere blutige Zusammenstöße zwischen den beiderseitigen Streitkräften zu verhindern.

Gefechtspause in der Nordmandchurei.

London, 7. November. (Reuter.) Die neuesten Nachrichten über die militärische Lage in der Nordmandchurei lauten etwas zuversichtlicher. Die Kämpfe sind eingestellt. Die japanischen Truppen haben noch einen Befehl erhalten, nicht über Tsonohi (12 Kilometer nördlich vom Kommissariat) vorzugehen. Das Kriegsministerium gebe ferner bekannt, daß die Truppen nach der Befehlsgebung von Tsonohi in der Richtung auf Angantschi zurückziehenden chinesischen Truppen abgesehen haben. Da die Kämpfe am Kommissariat doch heftiger gewesen wären, als man angenommen hatte, würden gestern morgen eifrig Verstärkungen von Changpou in Morfa gesendet. Diese Verstärkungen sind nunmehr auf die Nachrichten von der Einstellung der Feindseligkeiten hin unterwegs angehalten worden. Die gestrigen Gesichte scheinen, wie der „Times“-Korrespondent meldet, auf ein Mißverständnis zurückzuführen zu sein. General Ma hatte sich nämlich bereit erklärt, seine Truppen zehn Kilometer zurückzunehmen, und sandte seinen Adjutanten mit einem entsprechenden Befehl zu dem betreffenden Unterführer, einem vom Militärgouverneur von Heilungian eingestellten Offizier. In Anbetracht dieser Umstände hielt es General Ma nicht für nötig, den Befehl schriftlich zu erteilen, der Kommandant des Abschnittes weigerte sich aber, mündliche Instruktionen entgegenzunehmen. In Unkenntnis dieser Sachlage riefen die Japaner vor. Da die Japaner keinen Schlüsselpunkt in der Nordmandchurei brauchen und die Chinesen sich bereit erklärt haben, die Brücke zu reparieren,

besteht jetzt Hoffnung, trotz der kriegerischen Zwischenfälle doch noch zu einem modus vivendi zu gelangen.

Sowjetoffizier getötet.

Die Chinesen greifen an?

London, 7. November. Reuter meldet aus Tokio, daß sich unter den bei den Kämpfen am Kommissariat getöteten 200 Chinesen auch die Leiche eines sowjetrussischen Offiziers befunden haben soll. Die Zahlen der in diesen Gefechten umgekommenen Japaner sind mit 33, die der Verwundeten mit 140 angegeben. Das bereits gemeldete Gerücht von den Zusammenstößen von chinesischen Verstärkungen nach Angantschi hat sich unterdessen zu einer japanischen Auslassung aus Chargin verdichtet, die davon spricht, daß die Truppen des Generals Matschangtschan konzentrisch gegen Angantschi und Tschingü rücken.

Abberufung der Botschafter aus Tokio?

Washington, 7. November. Genfer Meldungen, daß man eine Abberufung der Botschafter in Tokio als Protest gegen Japans Vorgehen in der Mandchurei erwäge, wurden im Staatsdepartement dahin kommentiert, daß bisher keine Anregung dieser Art aus Genf oder aus einem anderen Orte nach Washington gelangt sei. Man werde die Entwicklung der Dinge weiterhin aufmerksam verfolgen und behalte sich entsprechende Schritte vor. Es wurde betont, daß eine Abberufung der Botschafter nicht den Abbruch der Beziehungen bedeute, so sei z. B. Argentinien in Washington zwei Jahre lang nur durch einen Geschäftsträger vertreten gewesen.

Einigung Nanjing-Kanton.

Nanjing, 7. November. (Reuter.) Bei der Konferenz der Delegierten von Nanjing und Kanton wurde ein grundsätzliches Übereinkommen erzielt. Es wurde vereinbart, daß die Kongresse in den beiden Hauptstädten in den nächsten Tagen eine gleiche Anzahl von Delegierten wählen werden. Die Delegierten werden Ende November in Nanjing zusammentreten, um alle strittigen Fragen beizulegen, darunter auch die Frage der Reorganisation der Regierung und der Stellung des Präsidenten Tschankaischel.

Die gemeinsame Landeszentrale über aktuelle Fragen der Arbeitslosenfürsorge.

Für die Verkürzung der Arbeitszeit. — Für Bauförderung. — Für höhere Besteuerung der höheren, insbesondere der arbeitslosen Einkommen.

Freitag, den 6. November, fand in Prag eine Vorstandskonferenz der in der gemeinsamen Landeszentrale vereinigten Verbände statt, bei der 147 Funktionäre 50 Verbände vertraten. Der Zentralsekretär Abgeordneter Dávrle gab ein Bild der wirtschaftlichen Situation, Abgeordneter Macoun befaßte sich insbesondere mit der Krise im deutschen Industriegebiet.

Nach einer eingehenden Aussprache wurde eine Entschließung angenommen, in der auf die katastrophalen Wirkungen der Wirtschaftskrise hingewiesen sowie festgestellt wurde, daß die bisherigen Maßnahmen der Regierung unzulänglich sind. Die Vorstandskonferenz erinnert dabei an die in ihrer Denkschrift bereits erhobenen Forderungen und verlangt, daß die Regierung sofort Maßnahmen ergreife, um die Arbeitslosen wirksam zu unterstützen und die produktive Arbeitslosenfürsorge auszugestalten. Jede Herabsetzung der Lebenshaltung jedoch würde eine Verschlechterung der Absatzverhältnisse bedeuten, weswegen die Gewerkschaften mit aller Entschiedenheit gegen jede Herabsetzung der Löhne und Gehälter auftreten werden. Die Krise darf nicht auf Kosten der Arbeiter und Angestellten behoben werden. Deswegen verlangt auch die Konferenz die Verlängerung des Mietzuschusses.

Die Vorstandskonferenz erachtet folgende Forderungen als besonders dringend: Verkürzung der Arbeitszeit auf 40 Stunden ohne Lohnherabsetzung, keine Ueberstundenarbeit, einheitliche Regelung der

Arbeitsvermittlung, Erweiterung des Investitionsprogramms, Bauförderung, Steuer auf ungebauten Grund und Boden, Errichtung eines staatlichen Wohnungsfonds, außerordentliche Abgabe von Dividenden, Lantien und höheren Einkommen, Gesetz über Kartelle, Aktiengesellschaften und Banken, gleiche und administrative Maßnahmen gegen Waffentilgungen.

Mit Rücksicht darauf, daß ein großer Teil der Arbeiterschaft heute schon mehr als ein halbes Jahr ohne Beschäftigung ist, verlangt die Konferenz, daß die Personen, welche länger als ein halbes Jahr arbeitslos sind, aus öffentlichen Mitteln unterstützt werden. Der Aufwand ist dadurch zu bedecken, daß die Unternehmer einen besonderen Beitrag zahlen oder daß ein besonderer Zuschlag zur Erwerbsteuer erhoben wird. Die Konferenz verlangt, daß zu diesem Zwecke durch ein besonderes Notgesetz ein Fonds errichtet wird. Bis zu diesem Zeitpunkt muß in der staatlichen Ernährungsaktion fortgeschritten werden.

Die Konferenz beauftragte den Gewerkschaftsrat, viele Forderungen der Regierung vorzutragen und ihre Durchsetzung mit allen Mitteln zu betreiben. Gleichzeitig wurden durch den Mund der Vorsitzenden, der Abgeordneten Brozik und Roscher, die unbegründeten Angriffe der agrarischen Presse auf den Minister für soziale Fürsorge Dr. Gsch, dem das volle Vertrauen ausgesprochen wurde, zurückgewiesen.

Der Wahlausfall in Jugoslawien

Der parlamentarische Mummenschanz der Diktator.

Von Hermann Wendel.

Die Nationalversammlung besteht aus Abgeordneten, die aus freier Wahl des Volkes durch allgemeine, gleiche und direkte Abstimmung hervorgehen. (Artikel 64 der jugoslawischen Verfassung.)

Wahlausfall in Jugoslawien? Aber die Wahlen zur Nationalversammlung oder Narodna Skupstina finden doch erst am 8. November statt! Ganz gewiß, nur ist das nichts zur Sache, ihr Ausgang steht schon heute fest. Und nichts sagt über Wahlrecht und Wahlfreiheit in diesem Lande mehr aus als daß man sich, ohne ein Prophet zu sein und ohne eine Widerlegung durch die Ereignisse befürchten zu müssen, über die Abstimmung des Volkes verbreiten kann, lange ehe der erste Wähler sich auf den Weg zum Wahllokal gemacht hat. Das Wahlergebnis? Hier ist's! Gewählt sind alle Kandidaten der Regierung, sonst niemand!

Als Anfang September ein Aufruf König Alexander den Abbau der Diktatur ankündigte, die seit dem 6. Jänner 1929 wie ein Bergedel auf Jugoslawien lastete, war die Meinung nicht ganz ungerichtet, daß unter dem Druck der Wirtschaftskrise und auf den Rat befreundeter europäischer Demokraten die Belgrader Nachrichten wirklich einen Schritt in der Richtung des Konstitutionalismus getan hätten. Aber da die Einzelheiten der geplanten Neuordnung durchdrangen, wurde das Kuppelspiel offenbar, das hier mit einem im tiefsten Grunde echt demokratischen Volke getrieben werden sollte. Ja, fast war das Kuppelspiel als das Alte. Denn eine ungewöhnliche, fauchende, rohe Diktatur — da weiß alle Welt, woran man ist. Aber das neue Regime zog lediglich über die brutalen Reiterstiefel des Kavalleriegenerals Schimkowitz bürgerliche Filzpariser, täuschliche Verfassungsmöglichkeit vor und blieb doch Willkür, sah wie Parlamentarismus aus und war doch Diktatur.

Zwei Bestimmungen der Wahlordnung vor allem vernichteten auch die bescheidensten Hoffnungen, die etwa Freunde der Demokratie an die Wandlung in Belgrad geknüpft hatten. Einmal die Einschränkung, daß den Wählern nur Staatslisten, Listen für den ganzen Staat, unterbreitet werden, für die die aufstellende Partei in jedem einzelnen Kreis zweihundertsechzig Unterschriften aufzubringen hat. Da die Slowenische Volkspartei, die das Katholische, die Kroatische Bauernpartei, die das Kroatische, die Bosnische Moslemspartei, die das Mohammedanische in ihrem Programm und in ihrer Zusammensetzung betonte, die eine in rein orthodoxen, die zweite in rein serbischen, die dritte in rein christlichen Bezirken zur Beibringung dieser Unterschriften anherstehende ist, vermag keine dieser Gruppen zu kandidieren. Das Gleiche gilt für andere regional oder konfessionell begrenzte Parteien wie die Sozialdemokratie, für die in den entlegenen Teilen Mazedoniens niemand aus Angst vor dem Gendarmen seine Unterschrift herzugeben wagte. In der Tat war innerhalb der dafür vorgegebenen Frist nur eine, die offizielle Liste, die der Regierung eingereicht und genehmigt worden, an deren Spitze Pera Schimkowitz selber steht. Glorreiche Zeiten, in denen den „Volkswillen“ ein Diktator „vertritt“!

Die zweite Bestimmung, die den 8. November zum Tag einer schalen und frechen Bosse herabwürdigt, ist die öffentliche Wahl. War schon vor der Diktatur bei der geheimen Abstimmung Wahlrecht hier und da ein sehr lauschaftlicher Begriff, so macht die Öffentlichkeit des Votums die Wahl namentlich auf dem flachen Lande völlig von der Laune des Gendarmen abhängig. Hat Jugoslawien noch nie Vorkantwahlen gekannt, diesmal gibt es Vorkantwahlen. Aber nicht nur, daß die Öffentlichkeit eingeschüchterte Wähler

abhält, für die Opposition zu stimmen, sie zwingt auch alle Wähler, die gegen einen Druck von oben empfindlich sind, die von den Behörden gezwungen werden können, in's Wahllokal, ob sie wollen oder nicht. Da primitive vielfältige Flugblätter heimlich von Hand zu Hand gehen, in denen die früheren Oppositionsparteien, namentlich die Bauernlich-Demokratische Koalition, die Britische, die Witsch und Matschels, zur Wahlenthaltung auffordern, drohen die Wahlmänner der Regierung in Versammlungen ganz ungescheut: Wehe dem, der zu Hause bleibt! Nichts falscher darum, als jene, die am 8. November abstimmen, mit den Anhängern des Regimes Schiwkowsitch gleichzusetzen oder zu glauben, sie hätten sich durch die Lösung: Die Wahl ist ein Plebiszit für den Bestand Jugoslawiens! bewegen lassen.

Freilich fehlt es nicht an Ueberläufern aus den früheren Parteien, die jetzt mit den Gewalthabern des Augenblicks durch die Duma gehen. Juraj Demetrowitsch etwa, einst ein bewährter Führer der kroatischen Sozialdemokratie, dann nicht zu Kompromissen geneigter bürgerlicher Demokrat, danach Minister der Diktatur, kandidiert heute auf der Regierungsliste und erweist, besserer Vergangenheit uneingedenk: „Die Verfassung vom 3. September gewährt als Rahmengesetz außer der gesicherten Stetigkeit der Staatseinrichtung eines einheitlichen Jugoslawien genug Möglichkeiten für die Entwicklung unseres Volkslebens ohne zukünftige Erschütterungen und gerade darin liegt Sinn und Aufgabe unserer gesetzgeberischen Arbeit.“ In Wahrheit wird sich alles, was in Jugoslawien zukunftsträchtig und entwicklungsfähig ist, außerhalb dieses Scheinparlamentes abspielen, denn die Mameludenkammer Napoleons III. und die Duma Nikolaus II. wird wie ein Spiegelbild des Volkswillens und wie eine Gaststätte der politischen Meinungsfreiheit wirken neben der Gendarmen- und Spitzschicht Schiwkowsitchs, die in Europa überhaupt kein Gegenstück, auch nicht in Italien und Ungarn, hat; zum Vergleich läßt höchstens Asien mit der Türkei Kemal's ein. Allerdings wird das Belgrader Parlament auch ein Duzend deutscher Abgeordneter aus dem Banat und der Banatska beherbergen, aber auch sie, als grundsätzlich loyale Untertanen auf der Regierungsliste gewählt, öffnen den Mund nur dann zu einem Nein, wenn es dem Herrn Minister genehm ist.

Während in dem größten Teil der Tageszeitungen über die Wahlen in England weit mehr zu lesen steht, als über die im eigenen Lande, da auch die Wahlbewegung weder Frey noch Versammlungsfreiheit kennt, sucht die willfährige Presse des Regimes ihren Lesern beizubringen, daß fast überall — siehe Italien, siehe Deutschland! — Parteien und Parlamentarismus im alten Sinn abgewirtschaftet hätten. Sie vergißt nur: Frankreich! In Frankreich stehen, fast seit der Großen Revolution überliefert, Parteiensystem und Parlamentarismus nach wie vor in Blüte, und an der französischen Republik müßte sich Jugoslawien um so eher ein Beispiel nehmen, als es nicht nur politisch, sondern auch wirtschaftlich an

Paris gebunden ist; eben erst wieder kam das jugoslawische Budget durch 300 Millionen in Frankreich gepumpter Dinars ins Gleichgewicht. Aber damit Jugoslawien dem französischen Konstitutionalismus und Parlamentarismus nacheiferen, bedürfte es eines ermunternden Winks mit dem Zaunpfahl aus Paris, und der bleibt aus, weil man anscheinend am Quai d'Orsay fälschlich glaubt, daß die nicht nur für Frankreich, sondern für ganz

Bankengesetz — Bankkontrolle.

Heute ist es wohl nicht mehr notwendig, die Dringlichkeit eines neuen Bankengesetzes zu begründen. Die Bankkrachs in aller Welt und die dabei auch für die breite Öffentlichkeit evident gewordenen Unzulänglichkeiten, Schiebereien und — sagen wir es nicht zu hart — Täuschungen der gesamten Bevölkerung liehen den Ruf nach strenger Kontrolle der Banken immer stärker erschallen. Die Tatsache, daß Bankkrachs die ganze Wirtschaft stark in Mitleidenschaft ziehen, bringt es sogar mit sich, daß sich Kreise, die ansonsten jede Einmischung in die Souveränität der Privatwirtschaft für den Beginn des Unterganges erklären, mit dem Gedanken der Bankkontrolle befreunden.

Gerade die Popularität des Gedankens einer verschärften Bankkontrolle birgt die Gefahr in sich, daß sich die Öffentlichkeit durch jedes Bankengesetz befriedigt zeigen und vom Kern der Sache ablenken lassen könnte. Es ist daher notwendig, sich mit der Frage auseinanderzusetzen, was ein solches Bankengesetz enthalten müßte, um halbwegs die Erwartungen zu erfüllen, die an seine Herausgabe geknüpft werden.

Die Vorwürfe, die sich gegen die Banken, insbesondere gegen die verfrachten, richten, lassen sich im großen wie folgt zusammenfassen:

1. Leichtfertige Kreditgewährung und schlechte Kreditverteilung;
2. Mangelnde Rücksichtnahme auf die Interessen der gesamten Volkswirtschaft (= Profitgier als einziges Leitmotiv);
3. Mißwirtschaft innerhalb der Betriebe. — Nachvollkommenheit der Direktoren ohne tatsächliche Verantwortlichkeit — Unkontrollierbarkeit der Gebarung — Verlagen der Verwaltungs- und Aufsichtsräte sowie der Regierungskommissare — Fortwährende Gehalte der leitenden Funktionäre zu Lasten der Subalternangestellten und der Gesamtwirtschaft — Hypertrophie der Funktionäre — Zippengewalt bei Befestigung aller wichtiger Posten u. a.

Alle diese Vorwürfe und noch eine Menge anderer sind voll berechtigt und ein neues Bankengesetz müßte demnach allen diesen Mängeln Rechnung tragen. Ob und in welcher Form dies möglich ist, soll eben Gegenstand dieser Untersuchung sein.

Leichtfertige Kreditgewährung läßt sich bis zu einem gewissen Grade vermeiden, bezw. verhindern. Es wäre nur notwendig, gesetzmäßig zu normieren, daß die finanzielle Situation jedes Unternehmens, welches um einen Kredit bei einer Bank einkommt, gründlich untersucht werden muß. Eine Bankdirektion, die eventuell ungünstige Ergebnisse einer solchen Überprüfung unbeachtet läßt, müßte persönlich für den Schaden haftbar gemacht werden. Andererseits müßte jede Bilanzschöpfung strenge gehandhabt werden. — Trotz dieser Maßnahmen kann sich eine heute noch vollkommen berechtigte Kreditgewährung morgen als verhängnisvoll erweisen zufolge

Europa wichtige jugoslawische Staatseinheit mit der offenen oder verlarvten Belgrader Diktatur siehe oder falle. Vor der Geschichte trägt darum die französische Regierung ein gerüttelt Maß Verantwortung für die grausame Komödie, die, mit dem Volkswillen Schindluder treibend, vor dem 8. November, am 8. November, nach dem 8. November, in Jugoslawien aufgeführt wird.

Schlechter Kreditverteilung. Unter schlechter Kreditverteilung ist die Tatsache zu verstehen, daß Kredite an Industrien gewährt werden, die, wenn sie auch momentan noch finanziell gesund erscheinen, nicht lebensfähig sind, bzw. deren Lebensfähigkeit von unsicheren Voraussetzungen abhängt (übermäßiger Zollschutz u. a.). Um sicherzustellen, daß Kredite nur dorthin gehen, wo sie volkswirtschaftlich notwendig sind, müßte eine zentrale Kreditstelle geschaffen werden, deren Aufgabe es wäre, die Kreditverteilung entsprechend zu regulieren. Dieser Kreditstelle müßte allerdings eine Planstelle beigegeben werden, welche zu entscheiden hätte, was volkswirtschaftlich notwendig ist. Der Ausbau der Bankengesetzgebung nach dieser Richtung hin würde letzten Endes nichts anderes bedeuten können als Sozialisierung. Bei der heutigen Kräfteverteilung ist es fraglos, daß dieses Ziel momentan kaum erreichbar ist. Man wird sich daher jetzt nur mit einer technischen Kreditkontrolle begnügen müssen. Es wird notwendig sein, außer der Verantwortlichkeit der Bankdirektoren für die Kreditgewährung auch noch die Verantwortlichkeit des Verwaltungsrates und des Aufsichtsrates zu verschärfen, denen die Verpflichtung aufzuerlegen ist, die Kreditunterlagen tatsächlich zu prüfen. Ein Kapitel für sich ist die Zusammenfassung dieser beiden Körperschaften. Heute ist der Verwaltungsrat (in allen Aktiengesellschaften) nur ein Anhängsel der Direktion. Variiert ein Verwaltungsrat nicht, so wird er einfach ausgeführt, was um so leichter ist, als die Mehrzahl der Verwaltungsräte gar nicht Aktionäre der von ihnen „verwalteten“ Unternehmungen sind, sondern die zur Deponierung in das gesperrte Verwaltungsratsdepot notwendigen Aktien von dem Unternehmen selbst geliefert bekommen. Dieser Mißstand müßte durch Änderung des Aktienregulativs gründlich abgeschafft werden. Es müßte auch verhindert werden, daß die Banken sich gegenseitig Aktien ausleihen, um so die Majorität für die Generalversammlung der Direktion zu sichern. Ein kleines Mittel dagegen wäre auch, wenn die Deponierungslisten (Verzeichnis der zur Generalversammlung angemeldeten Aktien) den Steuerbehörden im Original vorzulegen wären, die dafür zu sorgen hätte, daß jeder der Teilnehmer, die auf Grund der zur Generalversammlung angemeldeten „Eigen“-Aktien ihm zukommende Dividende auch der Besteuerung zuführt. Gleichzeitig wäre natürlich zu kontrollieren, daß die betreffenden Gesellschaften nicht diese Steuer dem „Aktionär“ in welcher Form immer rückvergüten. Ein Mißbrauch der von den Kommitenten den Banken zur Verwahrung übergebenen Aktien zum Zwecke der Majorisierung der Generalversammlung müßte entsprechenden Strafrechtsstrafen unterliegen, wobei der Bestrafung ausnahmslos die leitenden Direktoren zuzuführen wären, um auf diese Weise zu verhindern, daß die Direktion ihr Vergehen auf untergeordnete Organe abwälzen kann. Vielleicht wäre es dann möglich, daß sich die Direktionen ihre Trabanten zu den Generalversammlungen

verschreiben, um ihr genehme Anträge zu stellen, wie dies z. B. die Direktion der Böhmischen Industriebank in Prag getan hat, als sie im Jahre 1928 einen Tag vor der Generalversammlung einem Herrn Frolitz auf Grund eigener Aktien eine Legitimation ausstellte, damit dieser Menschenfreund am nächsten Tage für die Erhöhung der Löhne der Direktoren plädierte.

Die mangelnde Rücksichtnahme der Banken auf die Interessen der von ihr finanzierten und kontrollierten Industrie und Handel ist bekannt. In Zeiten der Konjunktur weiteffern die Banken darin, der Industrie und dem Handel Kredite auszuweisen. Sie bemühen sich auch in den Kreditbedingungen den Kreditnehmern entgegenzukommen. In Zeiten der Krise verschärfen sie die Konditionen, steigern die Abgaben der Wirtschaft an die Banken und tragen so ihr gebühtes Scherflein zu einer allgemeinen Verschlechterung der Wirtschaftslage bei. Hierzu kommt noch, daß die Banken in schlechten Zeiten vielfach die Industrie und Handel zu Restenentlassungen von Angestellten treiben und zwingen, was wiederum zum Einstrumpfen der Konsumfähigkeit und in weiterer Folge zu gesteigerten Entlassungen der Angestellten führt.

Es wäre unrichtig, wollte man annehmen, daß eine andere Garnitur von Bankdirektoren vielleicht ein besseres Herz haben und eine andere Politik treiben würde. Die Bankdirektoren handeln nur nach den der kapitalistischen Wirtschaftsordnung immanenten Gesetzen, die ja unter der Devise der „freien Wirtschaft“ jeden nicht nur berechtigt, sondern direkt dazu anhält, auf Kosten der anderen voranzukommen, d. h. Reichtümer zu sammeln. „Freie Bahn dem Tüchtigen“ heißt dies nach außen. — Wenn auch vielleicht durch staatlichen Eingriff einige Härten gemildert werden könnten, eine tatsächliche Remedur kann hierin ebenso wie bei der Kreditverteilung nur die Änderung der herrschenden Wirtschaftsordnung mit sich bringen.

So wenig auch zu erwarten ist, daß gesetzliche Regelungen eine gründliche Remedur in den bisher behandelten Fehlerquellen der Bankenpolitik schaffen können, ohne an den Grundfesten der kapitalistischen Wirtschaftsordnung zu rütteln, so sehr kann doch den Mißständen in den Betrieben selbst abgeholfen werden.

Bis jetzt herrsche der Direktor unumschränkt in der Bank, ungehindert durch die Kontrolle der Verwaltungs- oder Aufsichtsräte. Die sogenannten Kontrollabteilungen, die dem Aufsichtsrate beigegeben waren, waren gleichfalls vollkommen von der Direktion abhängig, so daß sich ihre Kontrolltätigkeit nur in jenem Rahmen bewegen konnte, die der Direktion genehm war. Die Verantwortlichkeit der statutarischen Organe der Banken bestand de facto nicht, wie wir in letzter Zeit ja sehen konnten. Den „Verfälschungen“ der schuldigen Direktoren und Verwaltungsräte der Oester. Kreditanstalt muß man sehr skeptisch gegenüberstehen. Es macht den Eindruck, daß die ganze Komödie mit der Haftbarmachung nur aufgeführt wird, um über momentane Schwierigkeiten hinwegzukommen und die Öffentlichkeit davon abzubringen, festzustellen, daß von der österreichischen Regierung zur Somierung der Kreditanstalt bis jetzt blutwenig getan wurde. — Eine wirksame Kontrolle könnte nur von Leuten geübt werden, die tatsächlich von der Bankleitung vollkommen unabhängig sind, von einer Kontrollabteilung, die entsprechend sichergestellt und dem Zugriff der Direktion durch Statuierung einer entsprechenden Immunität entzogen wird. Die Regien der Banken belasten indirekt die gesamte Wirtschaft und die Öffentlichkeit muß ein Recht haben, die einzelnen Posten der Regie genau zu kennen. Bisher haben die Direktoren alle An-

Der Traumlenker

Roman von Hermynia Zur Mühlen.

Und dann erschallt er. „Was will ich damit sagen? Daß du gut bist? Oder nur gut zu mir, mit deiner grenzenlosen Liebe und Treue? Und was ist gut?“

Seine Tür blieb verschlossen. Er öffnete nicht, wenn geklingelt wurde. Nur einmal, als er aus dem Briefkasten die Post holte, fing ihn Felix Halpert ab, schob den Arm unter den seinen und bestand darauf, mit ihm in die Wohnung zu gehen.

Im Wohnzimmer sah er dann lange stumm da, und auch Peter schwieg.

Endlich sagte Felix Halpert: „Du hast mir nicht geholfen.“

„Ich konnte es nicht.“

„Weshalb?“

„Vielleicht, weil kein Mensch keinem Menschen helfen kann.“

„Das ist nicht wahr.“

Peter blinnte Felix Halpert an. Er war völlig nüchtern und machte trotz seiner tiefen Niedergeschlagenheit einen ruhigen Eindruck.

„Ich habe jemanden gefunden“, erklärte Felix. „Und weißt du, wen? Einen Menschen, dem ich einmal Böses angetan habe, in der Schule...“

„Albert Boer.“

„Wie kamst du zu ihm?“

„Ich hab ihn getroffen. Er hat mich angesprochen. Und dann bin ich zu ihm gegangen.“

Er schwieg von neuem.

„Ich hab auch mit den Weibern gedroht“, sagte er schließlich. „Die Mierzel hat fürchterliche Geschichten gemacht. Hat gedroht, sich und mich umzubringen. Sie hat mir leid getan, der arme Karr. Aber was kann ich denn tun? Auf die Art werde ich Pläne nie gewinnen. Das hab ich eingesehen. Die Mierzel kommt immer noch

zu mir ins Büro. Ich weiß nicht, früher hätte ich sie einfach hinausgeworfen, aber jetzt... vielleicht ist dem armen Mensch ebenso zumute wie mir.“

„Und Diane?“

Felix Halpert wurde lebhaft.

„Sie steht mich jetzt. Ich bin für sie da.“

Manchmal blinzt sie mich an, ganz lange, als wollte sie meine Gedanken erraten. Vielleicht...“

Er sprach den Satz nicht zuende. Ohne ein weiteres Wort erhob er sich und ging.

Drei Tage später klingelte am Nachmittag in Peters Zimmer das Telephon wie toll. Er wollte mit niemandem sprechen, aber der schrille Ton riß darauf an seinen Nerven, daß er schließlich zum Apparat trat und den Hörer ans Ohr hielt.

Dr. Albert Baers Stimme klang ihm entgegen:

„Komm sofort in Felix Halperts Bureau.“

Er will dich sehen.“

„Ich kann nicht.“

„Du mußt.“

„Was ist denn los?“

„Er stirbt. Will noch mit dir sprechen.“

Komm sofort.“

Er starrte, dachte Peter. Das ist ja unmöglich. Das kann nicht sein.

„Hörst du, Peter, beeile dich. Sonst kommst du zu spät.“

Er kam trotz aller Eile zu spät. Als er atemlos das Bureau betrat, lag Felix Halpert tot, mit schmerzverzerrtem Gesicht auf dem dreien türkischen Divan. Albert Boer stand neben ihm, das Gesicht so heitere Gestalt tiefer und hart. In einem Beinhohl konerte Mierzel von Schluchzen geschüttelt. Neben dem Divan stand ein kleiner Tisch mit zwei Teetassen, die eine war zur Hälfte geleert, die andere noch ganz sauber.

„Wo ist Diane?“ fragte Peter. „Hat man sie nicht benachrichtigt?“

„Sie ist heute früh mit dem Auto zu Bekannten aufs Land gefahren, sagte der Diener.“

Er wußte nicht wohin.“

Mierzel hob das verweinte Gesicht.

„Sie braucht nicht zu kommen. Sie hat ihn nur gequält. Jetzt ist er tot, jetzt gehört er mir.“

„Woran ist er gestorben?“ fragte Peter benommen.

Albert Baers Gesicht wurde noch härter.

„Das kann ich dir jetzt...“ Er brach ab und blickte nach der sich öffnenden Tür. Ein Mann trat ein, gefolgt von zwei Polizisten.

Peter starrte die drei verwirrt an. Was suchten sie hier? Was ging Felix Halperts Tod die Polizei an? Und was bedeutete der seltsame Ausdruck auf Albert Baers Gesicht?

„Darf ich Sie bitten, Herr Doktor?“

Der Mann in Zivil trat nach einem flüchtigen Blick auf den Toten ins Nebenzimmer und schloß hinter sich und Albert Baer die Tür. Die beiden Polizisten blieben an der Tür stehen.

Mierzel erhob sich schaukelnd. Noch immer weinend griff sie nach ihrem Hut, der auf einem Zettel lag und wollte gehen.

Der eine Polizist vertrat ihr den Weg.

„Sie müssen hier bleiben, Fräulein.“

„Sie blinde ihn verständnislos an.“

„Weshalb? Ihm kann ich ja doch nicht mehr helfen.“

„Der Herr Kriminalkommissar wird Sie verhören wollen.“

„Verhören?“

„Ja.“

Sie wandte sich mit einer hilflosen Gebärde an Peter.

„Herr Brenn, was soll das heißen? Warum soll ich verhört werden?“

Peter judte die Achseln.

„Ich weiß es nicht“, entgegnete er tonlos. Er lag, um das Mädchen zu beruhigen. Er ruhte, wußte nur all zu gut, was das Ganze

bedeutete. Das hier war kein gewöhnlicher Todesfall, das war — ein Mord.

Seine Augen schweiften zu Mierzel hinüber, die wieder in den Lehnstuhl gesunken war. Er dachte daran, daß sie Felix Halpert gedroht hatte, ihn und sich zu töten. War es möglich, daß...

Die Tür des Nebenzimmers wurde geöffnet.

„Bitte, Fräulein.“

Mierzel stand auf und ging in das andere Zimmer.

Peter hörte die ruhige Stimme des Mannes und Mierzels vom Leinen erstidete Worte. Dann gelte plötzlich ein lauter Schrei auf.

„Ermordet!... Und ich... ich soll es getan haben... Ich? Ich...?“

Die Minuten krochen dahin. Peter mochte nicht, fortzugehen. Vielleicht würden die Polizisten auch ihn zurückhalten. Sie standen vor der Tür, reglos, mit starren Gesichtern, unbewußt wie das Schicksal. Es war unerträglich heiß und dämpf im Zimmer. Peter fühlte, wie ihm der Schweiß auf die Stirn trat. Seine Hände aber waren eiskalt. Auf dem Schreibtisch tickte eine Uhr, hart, metallisch. Einmal schlug sie. Peter zählte unbewußt die Schläge, eins, zwei, drei... acht.

Es war dunkel geworden. Der eine Polizist knippte das elektrische Licht an. Nun fiel der Strohl der Lampe auf den Toten. Das starre Gesicht schien sich zu beleben, sich zur Grimasse zu verzerrern. Der halboffene Mund grinsete bösenhaft und schmerzhaft zugleich.

Peter dachte schauernd: er träumt doch immer. Wird noch immer vom Alpdruck des Lebens gequält. Ist denn der Tod kein Erwachen?

Wie groß und stark dieser reglose Körper war. Was hatte ihn besiegt? Gegen wen war er unterlegen? Tot! Felix Halpert war tot!

(Fortsetzung folgt.)

fragen nach dem Regieschlüssel mit dem Bemerkten abgetan, daß diese Fragen nicht vor die Generalversammlung gehören, sondern einzig und allein in die Kompetenz der Direktion fallen! Die Bankdirektionen haben hier nicht einmal mehr den Schein gewahrt, daß die Aktionäre die Eigentümer der Institute seien, sondern brutal zu erkennen gegeben, daß sie nur sich selbst als rechtmäßige Besitzer und Beherrscher der Institute, bei welchen sie formell nur Angestellte sind, ansehen. Diesen Zustand muß das neue Bankengesetz ein Ende bereiten. Es muß statuiert werden, daß die Regie in den Bilanzen detailliert anzuführen ist, getrennt nach Bezügen der leitenden Direktoren, ferner nach Bezügen der sonstigen Funktionäre (über 60.000 K) und nach Bezügen der subalternen Angestellten. Separat wären die Funktionen anzuführen, die die leitenden Funktionäre beziehen, ebenso die Präsenzgehälter des Verwaltungsrates, Spekulations-, Repräsentations-, Gelder der Direktion, gleichgültig ob sie unter diesem Namen oder unter dem Namen von Autobeiträgen, separaten Wohnungszuschüssen u. ä. ausbehalten werden.

Man müßte auch dem Rechnung tragen, daß auch Bankdirektoren nur Menschen sind und ihnen demgemäß die Bürde allzu vieler Verwaltungsratsstellen nehmen, da man von einem Mann, der 25, 35 und mehr Gesellschaften „beruht“ (es gibt sogar „Genies“ die bis 135 solcher Stellen besorgen), nicht gut verlangen kann, daß er tatsächlich seine Funktion erfüllt, während andererseits es auch nicht angeht, die Kumulierung von Verwaltungsratsstellen als Milderungsgrund bei Zusammenbrüchen der Gesellschaften gelten zu lassen.

Hungergespent über dem Erzgebirge.

Vor einem Katastrophenwinter im Deutschböhmischem Erzgebirge.

Von einem Mitarbeiter.

Wie ist das Leben der Erzgebirgler sorglos gewesen, nie haben die bescheidenen Leute dieser weithin sich dehrenden Bergketten phantastischen Träumen von Wohlstand und Reichtum nachgegeben, nie haben sie mehr als das Notwendigste für sich beansprucht: am frühen Morgen ihre Schale Kaffee mit einem tüchtigen Stück Schwarzbrot, zu Mittag eine Eintopf-Suppe mit Kartoffeln (zwei- oder dreimal in der Woche gab es ein Stück Fleisch auf dem Tisch), am Nachmittag wieder Kaffee mit Brot und am Abend das gleiche Gericht wie mittags, wenns doch ging, dann und wann ein Stück Würst, ein Glas Bier. An den Sonntagen streifte der von der Wochenarbeit ermüdete Familienvater sich auf dem Kanapee aus, brante die Tabakspitze an und genoss mit Wohlbehagen Ausruben, Entspannung. Der Abend vereinigte ihn mit den Ortsbewohnern zu einem Sonntagspausch im Gasthaus, ließ ihn einige Kronen opfern für Tabak und Bier und den einzigen Rahtag in Zufriedenheit beschließen. Der folgende Morgen fand ihn frühzeitig wieder auf dem Weg zur Arbeitstätte, oder am Westuhl, an der Habelbank in der Wohnung. Genügend in seiner Weltabgeschiedenheit, zufrieden bei Brot, Kaffee und Kartoffeln, war der Erzgebirgler seiner Scholle so innig verhaftet, daß es ihn nie danach drängte, die Heimat gegen ein fremdes Stück Welt einzutauschen, auf dem ihm bessere Daseinsmöglichkeiten winkten mochten. Seine Heimatliebe drückt sich nicht in großen Worten aus, aber die unerlöschliche Treue, die er seinem „Argeborch“ hält, hat so viel des Rührenden und Ergreifenden in sich, daß nur ein besonders begnadeter Dichter sie in Worte fassen vermöchte, gleichermäßen, wie die prächtigen Gestalten dieser bergwaldverbundenen Menschen zu malen eines Künstlers hervorragende Vorführung verlangt: bei aller Schlichtheit besetzt von dem herben Stolz der Erde, auf der sie herangewachsen sind und deren Frohnatur sie in sich aufgenommen von Generation zu Generation als herrlichsten, gnadenvollsten Geschenk.

Aus den Fenstern und offenen Türen der niedrigen Wohnhäuser im Erzgebirge ist bis vor Jahr und Tag dem Wanderer froher Gesang entgegengeklungen, und das Lied der Arbeit: das Klappern der Hölzer an den Klöppelkäden, das stöhrende Geräusch des Hobels und das Tischen der Wehstühle. Prachtvoller Rahmen dieser Betriebsamkeit waren die waldbeständigen Hänge, aus denen das Kreischen der Säge, das Sämmern der Ärt kam; anheimelnde Somphe des Schaffens tauchte in schlichten, warmen Akkorden um den, der mit offenem Auge diesen köstlichen Teil des deutschen Böhmerlandes durchwanderte.

Bilgerst du heute durchs deutschböhmisches Erzgebirge, dann zeigt sich dir ein anderes Bild:

Schon in diesem Sommer ist hier das Lied der Arbeit leiser geworden.

Lang spärlischer wie sonst das Singen der Mädchen und Frauen am Klöppelkad, am Strohmen dir ins Ohr, hörtest du leiseres das Geräusch der Wehstühle und der Sägmesser. Viele von den sonst offenen Türen waren verschlossen, und wenn da einen Blick durch die Scheiben tatst, zeigte sich dir menschenleerer Wohnraum. Fragst du dann am Weg nach der Ursache dieser Stille, dann wurdst du mit einem Achselzucken geantwortet: „Die werden in den Weeren sein. Oder in den Schwämmen. Was sollen sie anfangen, wenn sie keinen Verdienst haben?“ Wie weit du auch wandern mochtest im Erzgebirge und so oft du deiner Verwunderung Ausdruck gabst über die Friedhöfe in den an die Berglehnen geschmiegten Dörfern — es war immer

Sehr wichtig wäre auch eine Kontrolle der Ausgabenwirtschaft der Banken. Hier wäre vielleicht der Punkt, bei welchem auch die Beamtenvertreter mitwirken sollten, da ja die Subalternangestellten es sind, die in erster Linie mit ihren Existenzien die schlechte Wirtschaft in den Banken hühen. Um jedoch auch den Beamtenvertretern die nötige Stütze bei Ausübung ihrer Funktionen zu geben, ist es unbedingt notwendig, das Betriebsrätegesetz gründlich zu novellieren, die Kompetenzen der Betriebsräte wesentlich zu erweitern und ihnen auch einen entsprechenden Schutz durch Immunität zu verleihen.

Zusammenfassend kann man sagen:

Es ist unbedingt nötig, die Verantwortlichkeit der Direktoren, Verwaltungsräte und Aufsichtsräte, ebenso wie der Regierungskommissare festzuhalten, die Kontrollorgane mit der nötigen Unabhängigkeit auszustatten, den Mißbrauch der unverantwortlichen Effekten zu Majoritätsentscheidungen auszuschalten, die Gebahrung der Banken (übrigens auch aller größerer Wirtschaftskörper) der Kontrolle der Öffentlichkeit zu unterstellen, die Detaillierung der Regie zu statuieren, den Beamtenvertretungen mehr Vollmacht und Bewegungsfreiheit zu gewähren.

Zum Schluß muß aber nochmals mit aller Deutlichkeit gesagt werden: Es gibt kein Gesetz, das so engmaschig wäre, um jeden Mißbrauch zu verhindern. Eine wirkliche Aenderung kann nicht von einem Gesetz, sondern einzig und allein von der Aenderung der Wirtschaftsordnung kommen, eine Gesundung der Verhältnisse kann auch hier nur der Sozialismus und die Sozialisierung bringen.

R. R.

die gleiche Antwort, der gleiche trübe Hinweis auf das

Siedtum der jahrhundertalten Erzgebirgsindustrie, die im heurigen Winter vollends auszufrieren droht.

Gewiß, in den Zentren des Gebietes, in den Grenzstädten Grassitz, Schönbach und Weipert, erscheint Arbeitslosigkeit, wenn auch in immer mehr sich verringernem Ausmaße, noch für eine Zeit lang gegeben, aber in den kleineren Orten, in den verstreut im Gebirge liegenden Dörfern, deren Bevölkerung zum größten Teil aus Heimarbeitern besteht — in diesen Siedlungen greift die Not seit Monaten gewaltig um sich; denn

der Handarbeiter im Gebirge vermag mit den billig arbeitenden Maschinen in der Spinn-, Klöppel-, Spielwaren- und Musikinstrumentenindustrie nicht mehr zu konkurrieren.

Trotzdem macht er stundeweise Wege, um einen Auftrag zu bekommen, der ihm und seinen Angehörigen Beschäftigung für eine Woche gewährt, eine Arbeit, die weniger trägt, als notwendig ist, den nackten Hunger zu bannen; trotzdem müht sich der Holzschneider stunden- und tagelang mit einem Stück ab, von dem die folsende Maschine in der Fabrik hunderte in einer Stunde produziert, trotzdem zittert er vor dem Verluste

auch dieser, der letzten geringen Verdienstmöglichkeit.

Es ist ein erschütterndes Ausbäumen gegen den unerträglich fortschreitenden Prozeß des Absterbens eines Jahrhundert alten Handwerkes, es ist die sich zwangsläufig aus Weltkrise und Nationalisierung heraus erfüllende Tragödie eines fleißigen Völkchens, das hilflos und betroffen dem rasenden und rücksichtslosen Tempo dieser Zeit gegenübersteht, einem Tempo, dem es nicht gewachsen ist und einer Zeit, die erbarmungslos das gute, bewährte Alte vernichten will . . .

So hat der Hunger längst Einzug gehalten in die Hütten der erzgebirgischen Heimarbeiter. Das Brot ist den meisten dieser Leute heute schon eine unerreichbare Delikatesse, und die Kartoffelmilch es ersehen. Aber der Winter im Erzgebirge ist lang: acht Monate fast laßt er auf den Bergen, eine Zeitspanne, die viel, viel länger ist, als der Vorrat an Erdfrüchten in den Gärten des Erzgebirges reichen kann. Wie wird es um diese erwerbslosen Leute im Jänner, im Feber ausbleiben? Um diese bedauernswerten Menschen, denen die Bitte ihrer Kinder um ein Stück Brot ins Herz schneidet, die nicht mehr wissen, wie sie sich und die Ihren kleiden und nähren sollen?

Die staatliche Fürsorge ist unzureichend, und die Gemeinden sind zu arm, um in dieser Richtung helfend einzugreifen. Die Not steigt und die Verarmung. Und aus dieser Trost- und Ratlosigkeit heraus wächst dräuend eine Gefahr, über deren Ausmaße man sich auf deutscher Seite keinen Zweifel hingeben darf: der Verlust der heranwachsenden Generation für das Deutschtum. Diese Behauptung ist keineswegs übertrieben: wer heute die deutschen Erzgebirgsleute Böhmen besucht, wird überrascht sein über die unverhältnismäßig

große Anzahl tschechischer Schulen, die fast ausschließlich von Kindern deutscher Eltern frequentiert werden,

jener deutschen Eltern, die es nimmer übers Herz bringen, ihre Kinder hungrig zur Schule zu schicken, die ihnen keine Schulhülle mehr kaufen können. In den tschechischen Schulen oder gibt es täglich Milch, Brot und Suppe für die Kinder, und auch Schuhe und Kleider werden verteilt, ganz abgesehen davon, daß die Lehrmittel unentgeltlich beigegeben werden. Die deutschen Unterichtsanstalten des Gebietes vermögen solche Zuwendungen nicht zu machen; ihnen fehlen die Mittel, die den tschechischen Schulen aus leicht erklärlichen Gründen von Prag zur Verfügung gestellt werden . . . So sehr sich der Erzgebirgler dagegen wehrt, sein Kind tschechischer Erziehung auszuliefern — der Schrei der Kleinen nach Brot, nach einer Suppe wird um so dringender, je mehr die Not zur Entbehrung zwingt . . . und so füllen sich die tschechischen Schulen des Erzgebirges mit den hungernden deutschen Kindern, deren Seelenleben verkauft wird um einige Töpfe voller Milch und Suppe . . .

Jur wirtschaftlichen die nationale Not: wird der Sterbeprozess des deutschen Erzgebirgsvolkes, dieses geraden, einfachen Menschenschlages, noch aufgehalten werden können oder erfüllt er sich schon in diesem trostlos beginnenden Winter, der dem schon lang um die Hütten des Gebietes schleichenden Hungergespent vollends Tür und Tor aufstut?

Geo Bayer.

Der Kampf um das Kind.

Gefunde oder ungesunde Tschechisierungspolitik?

In der Schuldebatte im Budgetauschuß bejahte sich der tschechische Genosse Vojta Beneš u. a. mit den Schulbeschwerden seiner deutschen Vorredner.

Bezüglich der Frage der Minderheitsschulen erinnerte Vojta Beneš an die gemeinsame Zusammenarbeit der Tschechen und Deutschen in der Regierung, was unbedingt eine bestimmte Loyalität voraussetze. Er wolle nicht behaupten, daß sie von dieser oder jener Seite verletzt wurde, aber er möchte, daß die deutschen Redner die Tatsache zugeben, daß der Besatz tschechischer oder deutscher Schulen durch Kinder der anderen Nationalität bei uns nie aus der Welt geschafft werden wird. Wenn tschechische Kinder auf diese Weise deutsch lernen oder umgekehrt, so erfordert das nur das gegenseitige Verhältnis. Es gehe nur darum, bis zu welchem Maße das zulässig und gesund sei und von wo ab man dies verhindern müsse. Den Kampf um das Kind in diesem Sinne könne man vielleicht bis zu einem gewissen Grad dort entschuldigen, wo es sich nicht um gebürtige Deutsche, sondern um verdeutschte Ansiedlungen handelt. Es sind das solche Orte, wo die Großväter tschechisch sprachen und die Väter deutsch, und wo der Kampf um die Enkel geht. Das kommt an der Sprachgrenze in zahlreichen Orten vor. Wenn uns (den Tschechen) vor 20 oder 30 Jahren diese Positionen entziffen wurden, dann begreife ich sehr wohl, daß sich dadurch eine schmerzliche Wunde öffnete, die nicht verheilt. Wenn wir in dieser Richtung fordern, daß aus politischen Gründen der Kampf um diese Kinder in bestimmter Richtung vor sich gehe, so kann ich keinesfalls den Charakter des Kampfes leugnen.

Ich sage ganz offen: Wir tschechisieren heute einzelne deutsche Gemeinden in einer ganz gerechtfertigten Weise, gegen die auch die deutschen Redner nichts haben können, weil ihre Argumente zu schwach sind.

Ein eklatantes Beispiel dieser gerechtfertigten Tschechisierung ist die Pilsener Gegend. Die Pilsner

Arbeiter aller Parteien haben sich in den benachbarten Dörfern angesiedelt und sich dort auf parzelliertem Boden aus der Bodenrente Familienhäuser gebaut. Das Arbeiterelement hat auf diese Weise die Dörfer rings um Pilsen besetzt und auf diese natürliche Weise tschechisiert. Heute hat die ganze Umgebung von Pilsen diesen Tschechisierungsprozeß durchgemacht, der in seinem Prinzip gerecht und gesund ist, der keine gewaltsame Tschechisierung darstellt, sondern einfach die Okkupierung eines bestimmten Bodens für die sozialen Ziele der Arbeiterschaft.

Es gibt aber noch einen anderen Kampf um das Kind, der für den Redner nicht ganz annehmbar ist. Es ist dies der Kampf, unser dem die tschechischen Schulen auf deutschem Boden inmitten des kompakten deutschen Gebietes entstehen. Die Besucher dieser Schulen können zu 80 Prozent Deutsche sein. Solche Schulen gibt es nicht viele und Redner spricht darüber nicht, deshalb, um den deutschen Mitbürgern zu helfen. Er will aber die tschechischen Kinder in diesen Schulen schügen. Wie könne man vom pädagogischen Standpunkt die Tatsache entschuldigen, daß zwischen 22 Kindern an einer solchen Schule vier tschechische und 18 deutsche Kinder sind, und mit welchem Recht solle man die vier tschechischen Kinder in der deutschen Mut untergeben, daß das weder vom politischen noch vom nationalen Gesichtspunkt einen Effekt hat und daß man diese Gegend nicht tschechisieren wird. Vor solchen Verhältnissen, in denen tschechische Kinder den deutschen geopfert werden, müsse man sich hüten.

Der Redner appelliert weiter an die Vertreter der tschechischen wie der deutschen Parteien, zu verhindern, daß in unserem öffentlichen Leben der Kampf um das Kind nicht in eine Demoralisierung des öffentlichen Lebens umschlage. Der moralische Grundsat aller christlichen Völker ist, daß die Nationalität zum

Verkauf angeboten werde, wie das von beiden Seiten geschähe.

Die Schlußrede Minister Dr. Dórer zum Schulkapitel wird erst Montag ausgegeben werden.

Gefekentwurf über Arbeitskammern.

Der Gefekentwurf über Arbeitskammern wird für das zwischenministerielle Verfahren vorbereitet. Die Arbeitskammern werden darin als öffentlich-rechtliche Kemter bezeichnet, ähnlich der Handelskammern und Landeskulturräte. Sie haben die Aufgabe, die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse der Arbeiter und der Angestellten überhaupt zu verbessern. Es wird ihnen eine bestimmte Kompetenz bei Regelung des Verhältnisses zwischen Angestellten und Arbeitgeber zugeschrieben, auch sollen sie bei einigen sozialen Fragen mitarbeiten, die hygienischen Verhältnisse in den Werkstätten berücksichtigen, auf Bildungserhebung der Angestellten achten und eine Art Beratungsamt für Einzelpersonen und Kemter ausüben. Die Kammern werden Statistiken führen, wie eine Erhebung der Arbeitskräfte, der Angestelltenorganisationen usw. Sie haben außerdem Gutachten über jene gesetzlichen Maßnahmen zu erstatten, welche das Interesse der Arbeiterschaft betreffen. Sie sollen bei Lohnstritten vermitteln und ihre Vertreter zu Verhandlungen über wirtschaftliche und soziale Fragen entsenden.

In der Republik ist die Errichtung von zwölf solcher Kammern beabsichtigt, die dem Fürsorgeministerium direkt unterstehen werden. Jede Kammer wird 60 auf sechs Jahre gewählte Mitglieder zählen. Das aktive Wahlrecht beginnt mit dem 18., das passive mit dem 24. Lebensjahre. Die Kammern sind in eine Arbeitersektion und in eine Sektion für Angestellte in höheren Diensten und Angestellte in öffentlichen Verhältnissen eingeteilt. Der zweiten Sektion werden die Staatsbeamten und andere öffentliche Beamten angehören.

Die „Prager Presse“ vertuscht. Die ganze deutsche Presse hat über die Rede des Genossen Bösl berichtet, in der er Mittelungen über die Behandlung der deutschen Landeskommission für Kindererziehung und Jugendfürsorge durch die Behörden machte. Auch die tschechische Presse hat zum großen Teil hiervon Notiz genommen und, so weit sie anständig ist, auch nicht gegen die Forderung Stellung genommen, daß begangenes Unrecht wieder gutgemacht werden soll. Es blieb eigentlich nur der Presse der tschechischen Agrarier vorbehalten, den Finanzreferenten Kubista deshalb anzugreifen, weil er versprochen, sich für die günstige Erledigung des Antrages Bösl's einzusetzen. Die „Prager Presse“, die sonst sehr gesprächig ist, und über Rechtsbeugungen in Deutschland oder Oesterreich tadelnde Worte findet, hat die Angelegenheit einfach totgeschwiegen und in ihrem Bericht über den Verkauf der Sitzung der Landesvertretung vom 3. November sogar unterschlagen, daß Genosse Bösl gesprochen hat. Das ist wieder einmal ein Beweis dafür, was die Loyalität von der „Prager Presse“ zu halten hat.

Druckfehler aus dem Dritten Reich. Der „Tag“ berichtet, daß seine von uns angegriffene Meldung, die Sozialdemokraten hätten in Mecklenburg „durchschnittlich 100 bis 200 Prozent Stimmen verloren“, keine Falschmeldung gewesen sei, sondern daß es sich um einen Druckfehler handelte: natürlich sollte von 20 bis 30 Prozent die Rede sein. Natürlich! Weil der „Tag“ vom Anfang an nur 20 bis 30 Prozent meinte — in Wirklichkeit sind es fünfzehn Prozent — sprach er von einem „Zusammenbruch“. Jedoch: wir wollen's nun dabei bewenden lassen, denn schließlich kommt's nicht jeden Tag vor, daß die Hakenkreuzler einen — na, sagen wir: Irrtum richtigstellen, der ihnen gegen die Sozialdemokratie unterliefe.

Französisches Luftschiff vernichtet.

Paris, 7. November. Das lenkbare Luftschiff der französischen Flottenstation „Rochefort“ geriet gestern bei einer Übungsfahrt in einen Sturm. Ein Landungsversuch mißglückte. Das Luftschiff versank sich in den Wellen eines Raumes und wurde vollkommen vernichtet. Zwei Mann der Besatzung wurden verletzt.

Brügeleien in einer Wiener Hakenkreuzerversammlung.

Wien, 7. November. Gestern Abend fand in Hernols eine nationalsozialistische Versammlung statt, die von einigen hundert Personen besucht war. Während der Versammlung kam es zu wiederholten Zusammenstößen zwischen Nationalsozialisten und ihren zahlreich erschienenen Gegnern, und zwar Kommunisten, Großdeutschen und Christlichsozialen Heimwehrleuten. Nach der Rede eines Kommunisten kam es zu Prügeleien, bis schließlich die Kommunisten aus dem Saale gedrängt wurden. Mehrere Personen wurden verwundet, darunter auf Seite der Nationalsozialisten zwei schwer und zwei leicht. Sodann sprach der Großdeutsche Duffel, welcher unter lebhaftem Beifall eines Teiles der Versammlung Hitler wegen seiner Haltung in der Adolfer Frage angriff. Nun wurden auch die Großdeutschen aus dem Saale gedrängt und Duffel von den Nationalsozialisten verprügelt. Zum Schluß kam es noch zu Geplänkeln zwischen den Großdeutschen und den Christlichsozialen Heimwehrleuten, bis schließlich die Polizei Ordnung schaffte.

Tagesneuigkeiten

Aus Biskobfys Reich.

Am 26. Oktober erhängt sich der Soldat Biskobfys, weil er seinen Vorgesetzten nicht gegrüßt hat und die Strafe mehr fürchtete als den Tod. Am 28. Oktober stirbt der Soldat Sperlisch der siebenten Kompanie des 48. Infanterieregiments Georg von Podiebrad, angeblich an Wundstarrkrampf, mitten in der Hauptstadt Prag, unweit des Pulverturms und zahlloser Apatöcken, in einer Kaserne, wo dauernd ein Arzt amtiert. Der Soldat hat sich am Tag seines Todes beim Morgentrapport gesund gemeldet, mußte aber schon mittags ins Divisionshospital geschafft werden, das er nicht mehr verlassen sollte.

Man ist durch so einen Fall beunruhigt, vor allem deshalb, weil doch die zivile Mehrheit der Bevölkerung im allgemeinen nicht vollständig über die internen Vorgänge beim Militär informiert sein kann. Ein Erkundungsgang ins Reich der Vaterlandsverteidigung sollte mir also diesmal Auffklärung verschaffen; diese Auffklärung sei hier wiedergegeben. Der Presschef der ersten Division ist sichtlich gewillt, alle Zweifel in dieser Sache zu beseitigen und stellt von allem fest, daß es sich um keinen Wundstarrkrampf, d. i. um keine ansteckende Krankheit gehandelt habe, sondern um eine Gehirnhautentzündung, an der Sperlisch gestorben ist. Der Mann hat sich also am Tag vor seinem Tode mit Fieber von über 38 Grad krank gemeldet, wie sicher scheint, dürfte es sich nach Ansicht der Militärbehörden um eine Angina handeln, was doch in diesen Herbstmonaten nichts Besonderes ist. Der Mann erhielt, wie gewöhnlich, Aspirin verordnet, wovon schon lange die Ware geht, daß es das Allerseitsmittel beim Vaterlandsverteidigen ist; er sollte sich beim nächsten Rapport — das ist nachmittags — melden, ob es ihm besser gehe. Sperlisch meldete sich aber erst am 28. Oktober beim Frühhaupt, behauptete, daß es ihm besser gehe und erklärte, daß er gerne an den Feiern des Nationaltages teilnehmen möchte. Das ist nun zwar nicht geschehen, dem Mann wurde am späten Vormittag einseitlich schlecht, er wurde sofort ins Divisionshospital geschafft, wo er wenige Stunden später gestorben ist. Man hatte ursprünglich angenommen, daß es Tetanus sei, deshalb wurde auch die Kotte und auch abgehende Offizierschüler in Quarantäne genommen, später wurde die wahre Todesursache einwandfrei — wie immer betont wurde — festgestellt. Es sei also nicht wahr, daß ein Totkranker gesund erklärt wurde, es handle sich um keinen Starrkrampf; aber eine Preßberichtigung werde nicht erfolgen, da dies nicht den Gewohnheiten beim Militär entspreche.

Dazu müßte prinzipiell folgendes bemerkt werden: nach den bisherigen Erfahrungen kann eine Gehirnhautentzündung nicht in wenigen Stunden ausbrechen und tödlich verlaufen; nach allgemeiner Ansicht ist Angina sehr ansteckend und wird nicht mit Aspirin behandelt, sondern vor allem mit Bettwärme; dagegen kommt es oft zu Gehirnhautentzündungen, wenn der Kranke im Lieberzustand nicht sehr geschont wird; es ist ziemlich neu, daß ein Arzt, der eine „leichte“ Angina festgestellt zu haben glaubt, die weiteren Verhaltensmaßnahmen auf Grund der Rapportmeldung des Kranken gibt; wozu hat der Arzt ständigen Dienst, wenn er sich den ganzen Tag um einen Kranken nicht kümmert? Der Umstand, daß sich Sperlisch am Morgen seines Todes gemeldet, ist medizinisch Erfahrenen nicht unklar, wie mit Ärzten versicherten, weil gerade Totkranker kurz vor der Katastrophe euphorisch werden, was besagt, daß sich eben die Lebensgeister zu ganz unwahrscheinlicher Energie aufrufen. Es scheint sich also in diesem Falle um Umstände zu handeln, die von dem verantwortlichen Arzt aufgeklärt werden müßten, auch wenn es sich um keinen Tetanusfall handelt; die Militärbehörden würden einen großen Fehler begehen, die begriffliche Klarheit der Öffentlichkeit unläßlich solcher Fälle nicht durch strengste Untersuchung und größte Objektivität zu beruhigen und mit allen Mitteln darauf zu achten, daß Unachtsamkeit — wenn nicht mehr! — in keiner Weise amtlich gedeckt wird! Schließlich handelt es sich doch um das Leben eines Soldaten, wofür man nur die Militärbehörden verantwortlich machen kann; und dem hier notwendigen, menschlichen Verantwortungsgefühl muß man gerecht werden.

32 Raubmorde.

Warschau, 7. November. Vor dem Bezirksgericht in Lomza wurde eine 17 Mann starke Bande abgeurteilt, die in den Jahren 1920 bis 1924 insgesamt 32 Raubmorde ausgeführt hat. Den Räubern fielen zum Teil Rückwärtiger aus Amerika zum Opfer. Drei Verbrecher wurden zum Tode und sieben zu Zuchthausstrafen verurteilt. Als Zeugin sagte auch eine 104 Jahre alte Greisin aus, die Urgroßmutter einer von den Banditen ermordeten Familie ist.

Mit Bauernwagen gegen Banditen.

Militärische Aktion auf Korsika.

Naccio (Korsika), 7. November. (Dabas.) Der Gendarmen ist es gelungen, gestern nach einem Geplänkel den berühmtesten korsikanischen Räuber und Banditen Sypiolije zu erschließen, der sich in den Gestrüppen Korsikas bereits seit dem Jahre 1928 versteckt hielt. Dem „Matin“ zufolge erfolgt jetzt die Regierung umfangreiche militärische Operationen zum Zwecke der Reinigung der Insel Korsika

Opfer von Röntgenstrahlen und Radium.

Zum Tod Prof. Holznecht's. — Helden im Kampf für die leidende Menschheit. — Dienst an der Wissenschaft bis zum letzten Augenblick.

Vor einigen Tagen starb der Wiener Kognitionst Dr. Guido Holznecht an den Folgen von Verbrennungen, die er sich bei seinen Forschungsarbeiten zugezogen hatte.

Die Pioniere der Wissenschaft sind nicht immer die genialen Erfinder. Nicht einmal stets Entdecker wissenschaftlicher Ergebnisse. Stets aber sind sie furchtlose Wegbereiter, die auf dem Wege des Experimentes die praktischen Grundlagen für die theoretisch festgelegte Wissenschaft liefern. In diesem Sinne sind alle großen Ärzte auch Pioniere ihrer Wissenschaft. Das zeigt sich am besten am Gebiete der Strahlentherapie, die in der modernen Heilbehandlung, besonders im Kampfe gegen den Krebs, ihre unbestrittene Bedeutung hat. Ärzte, die mit Röntgenstrahlen und Radium heilen wollen, waren auch die ersten Opfer dieser gefährlichen Strahlenwirkung, und sind es heute noch.

Der bekannte Wiener Röntgenarzt Professor Dr. Guido Holznecht, der jetzt gestorben ist, ist ebenfalls das Opfer seiner Forschungsarbeit geworden. Auch er hatte sich bei seinen Experimenten die grausame Berufskrankheit der Röntgenologen, die Verbrennung, zugezogen. Es mußte ihm zuerst die rechte Hand amputiert werden, da die Gefahr einer allgemeinen Malignierung bestand. Er ließ diese Operation gefaßt an sich vorübergehen und hatte selbst schon die Angaben für die Prothese der Hand gemacht, mit der er seinen Arbeiten zum Wohle der leidenden Menschheit nachzukommen gedachte. Aber er wurde durch andere Verletzungen zum Tode ereilt.

Bei diesem Anlaß ist es Zeit, der zahlreichen Opfer zu gedenken, die seit der Entdeckung der R-Strahlen und des Radiums die Wissenschaft unter ihren Pionieren — Ärzten sowohl wie Assistenten — gekostet hat. Schon Curie, der geniale Entdecker des Radiums, hat diese für die Menschheit so wertvolle Entdeckung mit schweren Schädigungen seines Körpers bezahlen müssen. Er hat es nicht nur gewagt, sondern schon am eigenen Körper spüren müssen, daß dieser feibare Stoff, der dem Menschen zum willkommenen Kämpfer gegen furchtbare Krankheiten gegeben worden ist, auch selbst furchtbar werden kann, wenn man ihn nicht von dem Gefunden fern hält. Doch darin liegt ja gerade das Pionier-

hasse dieser Wissenschaftler, daß sie die Gefahren ihrer Arbeit und ihrer Forschung sehr wohl kennen, und sie trotzdem nicht meiden. Gewiß werden sich mit zunehmender Erkenntnis von Wesen und Wirkung der R-Strahlen und des Radiums auch die Sicherungen gegen diese Gefahren finden lassen. Bis jetzt mußten aber diese Sicherungen mit Opfern bezahlt werden. Und die tragische Seite dieser Opfer ist noch nicht abgeschlossen. Dabei sind die bisherigen Opfer keineswegs vergessen.

Schwer am Körper beschädigt, ja geradezu verstimmt, war der berühmte Krebsforscher, Professor Bergonié in Bordeaux, der es seinen Arbeiten mit R-Strahlen und Radium verdankte, daß er schließlich zum Krüppel wurde, der aber auch unter furchtlichen körperlichen Leiden seine Forschungsarbeit bis zu seinem Tode fortsetzte. Kurz nach ihm starb als Opfer des Radiums Dementroux, der noch Mitarbeiter des Ehepaars Curie gewesen war. 1920 starb an den Folgen schwerer Röntgenverbrennung der französische Forscher Dr. Harel. Von Englands wissenschaftlichen Pionieren steht Reginald Blakall mit an der Spitze der Helden und Opfer zugleich. Er mußte an den Folgen von Radiumverbrennungen fünfzehnmal operiert werden. Aber auch Deutschland stellt seine Pioniere. Noch heute beklagt die Berliner Ärztemittel den tragischen Tod des bekannten Professors Levy-Dorn. Er war einer der ersten Berliner Ärzte, der sich der Erforschung der Röntgenstrahlen widmete. Als Leiter der Röntgenabteilung des Rudolf-Birchow-Krankenhaus in Berlin hat er in ungezählten Fällen den Kampf mit dem Krebsheiden wirkungsvoll durchgeführt. Wer ihn nicht kannte, vermutete in diesem kleinen und bescheidenen Manne nicht die wissenschaftliche Bedeutung und den Heroismus, — und ebensovienig das Leiden, das er als Folge seiner wissenschaftlichen Arbeit mit sich trug. Auch er war schon jahrelang durch Röntgenstrahlen schwer geschädigt, hatte schon verschiedene Operationen mit dem Verlust von Fingern hinter sich. Er starb an den Folgen dieser Verbrennungen. Und auch er hatte trotz der schwersten Zustände seines Körpers der Menschheit und der Wissenschaft weiter keine Dienste geschenkt, bis zu seinem Tode.

Dr. med. F. Hoebner

von den Banditen. Heute wurden auf die Insel 200 Soldaten entsandt, die gut ausgerüstet sind und viel Munition mit sich führen. Auch ein Panzerwagen sowie Maschinengewehre stehen ihnen zur Verfügung. Infolgedessen kann erwartet werden, daß sich tatsächlich Operationen gegen einige der berüchtigten korsikanischen Banden entwickeln werden.

Zwei amerikanische Piloten zu Tode gestürzt.

Washington, 7. November. Im Laufe des gestrigen Tages fanden zwei hervorragende amerikanische Piloten, und zwar E. Ritchie, dem die Ausbildung von Zivilpiloten oblag, und M. Lambert, den Tod. Der erstere stürzte in Washington mit einem Bombenflugzeug ab, der Zweite sprang aus einer Höhe von 4000 Meter mit einem Fallschirm ab, der sich jedoch nicht öffnete.

Seftige Zusammenstöße im Tuberkuloseprozeß.

Lübeck, 7. November. Im weiteren Verlauf der heutigen Verhandlung im Lübecker Tuberkuloseprozeß wurde ein Antrag von Rechtsanwalt Dr. Frey vorgelegt, Professor Calmette kommissarisch zu übernehmen. Der Verteidiger, Dr. Althoff, hat um Ablehnung des Antrags, da Professor Calmette genau gewußt habe, was man in Lübeck plante. Prof. Calmette habe die Stammkultur in dem Bewußtsein nach Lübeck geschickt, daß sie weiter geüchtet werden sollte. Es kam dann zu einem scharfen Zusammenstoß zwischen Rechtsanwalt Dr. Wittern und Prof. Dr. Rolke. Dr. Wittern gab eine Erklärung ab, in der er u. a. sagte: „Gewiß bin ich nicht der Anwalt von Professor Dr. Deyde. Das entbindet mich aber nicht von der allgemeinen Pflicht der Anhänglichkeit dem Gegner gegenüber. Ich sehe hier als Vertreter einer großen Anzahl von Eltern, deren Kinder schwere gesundheitliche Schädigungen davongetragen und die ihre Kinder verloren haben. Da darf ich es allerdings einmal aussprechen — und ich stehe mit dieser Auffassung nicht allein da: Der Hauptschuldige an dem ganzen Unglück in Lübeck ist Professor Calmette.“ Bei dieser Äußerung rief Dr. Rolke erregt und laut in den Gerichtssaal: „Das ist ja unerhörte!“ Darauf antwortete Dr. Wittern: „Derr Professor, Sie können sich nicht so in die Lage der Eltern versetzen, die ihre Kinder haben schwer leiden sehen. Wir haben heute von einem Sachverständigen gehört, daß er eine Tuberkulinprobe machen wollte, aber am ganzen Körper des Kindes keine heile Stelle gefunden habe, wo er die Probe ansetzen konnte. So haben die Kinder gelitten.“

In diesem Augenblick griff der Vorsitzende ein und bat Dr. Wittern, sich kurz zu fassen. Dr. Wittern erklärte darauf, er habe nichts mehr zu sagen, Nunmehr erhob sich Professor Dr. Rolke und sagte sehr erregt: „Ich muß dagegen protestieren, daß hier im Gerichtssaal behauptet wird,

Professor Calmette sei an dem Lübecker Unglück schuld. Ich bin Gegner des Calmette-Verfahrens, weil ich es für unwirksam halte, aber ich bin überzeugt, daß das Mittel bei richtiger Anwendung unschädlich ist. Ich muß sagen, daß Dr. Wittern sich auf ein wissenschaftliches Gebiet begeben hat, wo ich ein solches Urteil (bei diesen Worten schlug er mit der Faust auf den Tisch) nicht zulassen kann.“

Minister für soziale Fürsorge Genosse Doktor Czech wird Dienstag, den 10. d. M. keine Besuche empfangen.

Mähmaschine trennt einem Kind den Fuß ab. Vor dem Saager Bezirksgerichte standen am 5. d. ein Landwirt und die landwirtschaftliche Arbeiterin Jebisch aus Pöhlitz, die beschuldigt sind, durch Außerachtlassung der notwendigen Aufmerksamkeit den schweren Unfall eines Kindes, des vierjährigen Töchterchens der Angeklagten Jebisch, herbeigeführt zu haben. Aus der Anklageschrift geht hervor, daß der beschuldigte Landwirt im heurigen Sommer beim Abmähen seines Kornfeldes mit der Mähmaschine am Rande des Feldes knapp an dem dort spielenden Kinde der Jebisch vorbeifuhr; durch einen größeren Schrei der Kleinen veranlaßt, hielt er die Pferde an und sprang von der Maschine. In seinem Entsetzen sah er, daß das kleine Mädchen mit einem abgeschnittenen Fuß schreiend im Grase lag. Auf seine Hilferufe eilte die Mutter der Verunglückten, die gleichfalls auf dem Felde beschäftigt war, herbei, die das Kind im Aufschrei zum Arzte brachte. Bei der Verhandlung verantwortete sich der angeklagte Landwirt damit, daß er das spielende Kind nicht gesehen hatte, während die Mutter der verunglückten Kleinen angab, gezwungen gewesen zu sein, das Kind mit auf das Feld zu nehmen, weil sie niemanden hatte, dem sie das Kind hätte anvertrauen können. Nach durchgeführter Verhandlung wurden die beiden Angeklagten, da sich ein Beweis ihrer Schuld nicht erbringen ließ, wie uns gemeldet wird, freigesprochen.

Großer Brand in Neu-Oberberg. Gestern um drei Uhr nachts brach infolge Kurzschlusses im Kohstofflager der Chemischen Werke in Neu-Oberberg ein Brand aus, der sich schnell ausbreitete, so daß das Lagerhaus binnen zwei Stunden bis auf den Grund niederbrannte. Trotz der Anstrengungen der Feuerwehr konnte nichts gerettet werden, da sich in dem Lagerhaule eine große Menge leicht entzündbarer Stoffe befand. Es explodierten auch mehrere Kasser Öl. Vier Feuerwehrleute erlitten leichtere Verletzungen. Der Schaden ließ sich noch nicht genau ermitteln, doch ist sicher, daß er eine Million Kronen übersteigen wird. Er ist aber durch Versicherung zum größten Teile gedeckt.

Vom eigenen Wagen überfahren. Gestern um 7 Uhr früh wurde in der Unterfahrt der Bahnhofsstraße beim Kalkofen in Pardubitz der 56jährige Ausgedingter Anton Vondraček in schwerverletztem Zustande aufgefunden. Er wurde von dem Wagen, den er selbst lenkte, überfahren. Er wurde in das Krankenhaus übergeführt und operiert.

Vom Rundfunk

Prag: 11: Schallplatten, 14.10: Schallplatten 18.25: Deutsche Sendung; Ludvig Binde; liegt aus eigenen Werken. 19.45: Hörschiffe Vieder. — Brünn: 17.25: Russische Literatur. 18.25: Deutsche Sendung; Dr. Braun; Dogels Geschichtsphilosophie. 19.05: Kabarett. 20.20: Populäre Orchesterkonzert. — Pilsen: 19.45: Vieder. 21: Orchesterkonzert. — Berlin: 19.10: Orchesterkonzert. — Breslau: 16.50: Kleine Sargaphonmusik. 21.50: Kammermusik. — Gomburg: 11: Filmstars auf Schallplatten. 16.30: Deutsche Jugendsunde. 21: Verdis „Orpheo“. — München: 21.40: Bilder aus Spanien. — Wien: 20.15: Alte und neue Langmusik.

Jugendfürsorge-Lotterie. Die deutsche Jugendfürsorge ist in Not. Die Ursache hierfür ist nicht zuletzt die schwindende Gedecktheit der Bevölkerung einerseits und die sich täglich durch Wirtschaftsnote und ihre Folgeerscheinungen steigende Inanspruchnahme. Der Grundsatz, in allen Fällen helfend eingreifen zu wollen, kann aber nur dann gewährt werden, wenn den erhöhten Anforderungen ausreichende Mittel gegenüberstehen. Die bisherigen Einnahmen sind aber unzureichend und müssen durch neue Aktionen gesteigert werden. Die Deutsche Landeskommission für Kinderkass und Jugendfürsorge in Böhmen führt deshalb im Jahre 1931 mit dem Ziehungsstichtag am 20. Dezember eine Wohlfahrtseffektenlotterie durch, um allen hier in dieser Notzeit helfenden deutschen Volksgenossen für ihre Mitarbeit am deutschen Jugendhilfswerke eine Gewinnmöglichkeit zu geben. 200.000 K in bar und Effekten gelangen an die glücklichen Gewinner zur Auszahlung und jede deutsche Familie sollte soviel Verantwortung gegenüber den schutz- und hilfbedürftigen Kindern haben, daß sie durch den Ankauf dieser Lose der deutschen Jugendfürsorge die Erfüllung ihrer Aufgaben ermöglicht. Wenn selbst die vorausgesetzte Hilfsbereitschaft nicht Betonung zum Ankauf der Lose ist, so ist durch die zu erlangenden Gewinne wohl genügend Anreiz zum Loserwerb gegeben. Für 5 K ein Haus, ein einwohnerlose Dreiwüchserwohnung, ein Auto im Werte von 100.000 K, für 5 K eine Heiratshilfsausstattung, ein Mädel, landwirtschaftliche Maschinen oder wieder Barauszahlung wie beim ersten Hauptverloster. Außerdem viele wertvolle und zweckmäßige Effekten. Wer will auch diese Gewinnmöglichkeiten entgegen lassen? „Es gibt viele Mieten.“ werden die ganz Berechnenden mit den unerschöpflichen Taschen sagen. Nicht mehr gibt es, als hilf- und fürsorgebedürftige Kinder auf einen armen Erfolg der Lotterie warten, welcher in ihr Leben, das oft eine besonders bedauerliche Note ist, eine Aenderung bringen soll. Bis zum Ziehungsstichtag sind nur noch sechs Wochen. Viel Zeit — um Hunderte Kinder glücklich zu machen und in ihr Leben den lang entbehrten oder ungesunden Sonnenschein zu bringen. Wenn Sie — um sein eigenes Glück zu erwerben und zu prüfen, ob nicht die Freude am eigenen Gewinn die bescheidene Ausbeute wert ist, Lose sind bei allen Deutschen Bezirksjugendfürsorge- oder direkt bei der Deutschen Landeskommission für Kinderkass und Jugendfürsorge in Reichertberg, Waldsiedel 14, um Preise von 5 K zu haben. Bestellen Sie noch heute!

Räuberische Prämien für kinderreiche Eltern. Der Stadtgouverneur von Rom, Fürst Buoncompagni-Ludovisi hat an die römische Bevölkerung einen Aufruf ergelassen, in welchem er sie zur Teilnahme an der am 1. Jänner 1932 beginnenden Konkurrenz auffordert, die fünf Jahre andauern wird und in deren Verlaufe mit einer großen Zahl von Preisen jene Familien ausgezeichnet werden, die die größte Kinderzahl aufweisen. In den Preisen ist eine ganze Reihe von Wohnungen eingeschlossen, die mit einer vierzimmerwohnung umfassen.

Spinale Kinderlähmung. Im westfälischen Regierungsbezirk Arnsberg sind in Lippstadt, Brilon, Siegen, Olpe und Hagen Fälle von spinaler Kinderlähmung aufgetreten. In Hagen sind von 15 erkrankten Kindern bereits vier gestorben.

Schwerverbrecher ausgebrochen. Vorgestern brachen aus dem Gefängnis von Rio Preto im brasilianischen Staate Minas Geraes 36 Verbrecher aus, größtenteils mehrfache Mörder.

Dynamit gestohlen. Aus der Sprengkammer des Steinbruchs Johannsberg bei Wikenhausen haben bisher unbekannt Täter 55 Pfund Gelatine-Dynamit gestohlen.

Beschleibungsgesetz gemäß § 87 der neuen Statuten des Pensionsinstituts der Angestellten der Krankenversicherungsanstalten. Das genannte Institut arbeitet nunmehr mit größter Beschleunigung an der Ausfertigung dieser Bescheide, die den Zweck haben, die Mitglieder dieses Instituts über den Stand ihrer Versicherung am 31. Dezember 1928 zu informieren, über die Höhe der in den einzelnen Zeitintervallen versicherten Pensionsgrundlagen und über andere Umstände, die für die Berechnung der zum 31. Dezember 1928 erworbenen statutarischen Ansprüche wichtig sind. Die Ausfertigung dieser Bescheide an die Mitglieder erfolgt nach Krankenversicherungsanstalten dertat, daß nach Ausfertigung der Bescheide für die Angestellten einer Krankenversicherungsanstalt die fertigen Bescheide sofort zur Verfügung gelangen. Es wäre daher wünschenswert, daß die Mitglieder des Pensionsinstituts nicht unnötig die Ausfertigung dieser Bescheide verzerren, um nicht die umfangreiche und bedeutende Zeit erfordernde Arbeit aufzuhalten.

Ein schwerer Unfall ist über die Petroleumstadt Maracaibo (West-Venezuela) dahingebraust und hat auf den Felsedern von Laguna Las and Las Salinas großen Schaden angerichtet. Verschiedene Häuser sind dabei zerstört worden. Der Verkehr war eine Zeit lang stillgelegt, doch sind jetzt wieder normale Verkehrsverhältnisse hergestellt. Todesopfer scheint die Sturmflutkatastrophe, soweit bisher bekannt geworden ist, nicht gefordert zu haben.

Ein Kutscher vom Juge getötet. Gestern früh um die sechste Morgenstunde kam es in Uffing bei Prag beim Bahnübergang der Straße nach Benice zu einem Eisenbahnunfall. Ein Fuhrwerk des dortigen Gutsbesizers wurde vom Juge erfasst, wobei der Kutscher und die beiden Pferde getötet wurden.

Malmgren erhielt ein Monument in Uppsala. Die das „Schwedische Int. Press-Bureau“ berichtet, wurde dem jungen Polarhelden Finn Malmgren, der bei der Robile-Polarpedition sein Leben gelassen hatte, am 1. November in der schwedischen Universitätsstadt Uppsala ein Denkmal errichtet. Der Rektor Magnusson der Universität, Professor L. Lindén, hielt den Nachruf, in der er den Opferritus Malmgrens, allein in der eifigen Bildnis des arktischen Meeres zugunsten seiner Kameraden Mariano und Pappi zurückzubleiben, besonders rühmte. Das Denkmal wurde auf Grund einer Sammlung von 10.000 feiner Landsteine möglich, ja es ergab sich sogar noch ein Geldüberschuss, der einem speziellen „Malmgren-Fonds“ zur Unterstützung wissenschaftlicher Forschung zugewendet wird. Besonders Eindruck machte die Ankunft des Italiener Mariano im Aeroplane. Mariano legte einen Kranz bei dem Denkmal nieder. Bei der Enthüllung war auch die Mutter Malmgrens anwesend.

Die Zahl der Kraftfahrzeuge in der C. S. R. Das tschechoslowakische Staatsamt legt vorläufige Daten über die Zahl der Kraftfahrzeuge in der Tschechoslowakischen Republik vor, wie sie durch Bearbeitung der Anmeldebogen für die Aufnahme der Kraftfahrzeuge im Februar 1931 gewonnen wurden. Nach diesen Ergebnissen gab es im Februar 1931 auf dem Gebiete der Tschechoslowakischen Republik 116.726 Kraftfahrzeuge, ungetrennt die Kraftfahrzeuge der Militärverwaltung. Im Februar 1930 wurden 100.474 Kraftfahrzeuge festgestellt, es sind also im Laufe des Jahres 16.252 Kraftfahrzeuge, oder 16,2 Prozent hinzugekommen. Nach den einzelnen Ländern gab es (die Zahlen in Klammern geben zum Vergleich die Daten f. d. J. 1930 an) in Böhmen 77.996 (67.268), in Mähren und Schlesien 27.388 (23.377), in der Slowakei 10.447 (9.071), in Karpatenland 895 (758). Von der Gesamtzahl der Kraftfahrzeuge entfallen 48.624 (41.920) auf Personenautomobile und Cycles, 3.254 (2.579) auf Automobile zur Passenbeförderung von Personen, 19.718 (17.319) auf Automobile zur Materialbeförderung, 2.793 (1.706) auf Lieferwagen, 4.652 (4.269) auf Traktoren, 251 (226) auf Sanitätsfahrzeuge, 231 (202) auf Fahrzeuge für Reinigungswecke, 431 (317) auf Feuerwehrfahrzeuge, 458 (305) auf sonstige Automobile, und 35.314 (32.531) auf Motorräder.

Unschuldige Schmuggler. Der Schmuggel an der Limburger deutsch-holländischen Grenze hat der letzten Zeit einen erstaunlichen Umfang angenommen. Ganze Frachtautos mit Kaffee, Tee und anderen in Deutschland teuren Lebensmitteln werden im Schutze der Nacht nach Deutschland hinübergeschafft. Das Geschäft ist nicht ungefährlich, da die deutschen Zollbeamten bis zu 15 Kilometer Entfernung von der Grenze das Recht haben, schief zu schießen, wenn ein Angerausener nicht sofort stehen bleibt oder ein Auto nicht ohne weiteres bremsen. In jeder Zeit ist dies mehrfach Unbeteiligten verhängnisvoll geworden. So liegt im Kranzenhaus in Rixen ein Niederländer, der die Grenzschranke ordnungsmäßig passiert hatte und keinerlei Schmuggelware bei sich führte. Er konnte die Schußberechtigung der deutschen Zollbeamten nicht und als er gute 10 Kilometer von der Grenze auf deutschem Gebiet im nächtlichen Dunkel von einer unerleuchteten Person plötzlich angerufen wurde, fuhr er in Befürchtung eines Ueberfalls durch Verdröber nur noch schneller. Es war jedoch ein deutscher Zollbeamter, durch dessen Renoverkäufe der Niederländer im Rücken getroffen wurde. Er hatte noch die Kraft, seinen Wagen anzuhalten, brach dann aber bewußtlos zusammen.

Zahnweh durch Erkältung?

Von Dr. Ludwig Sauljahn.

ERKÄLTUNG. Unter dem Sammelbegriff „Erkältung“ faßt der Volksglaube eine große Zahl von angeblichen Erkrankungen oder deren Erscheinungen zusammen, die sich allerdings bei exakter ärztlicher Untersuchung meistens auf nicht oder minder harmlose Leiden zurückführen lassen. Nerven, Nagen, Darm- und rheumatische Krankheiten werden oft allein der Erkältung zugeschrieben. Wertwörterweise hat der Einzelne zunächst viel mehr Interesse für das „Wohlergehen der Krankheit als für die eigentlich viel wichtigeren richtige Diagnose. Und so hören wir auch häufig von unseren Patienten: „Keine Zahnwehmerzen habe ich nur durch Erkältung bekommen.“ Bevor wir hierzu kritisch Stellung nehmen können, müssen wir uns zunächst einmal über die an den Zähnen möglichen Erkrankungen orientieren. Die Zähne sind mit Schmerzen verbunden sein können. Wir nehmen zwei große Sammelbegriffe heraus, die natürlich noch durch viele Abarten dem erfahrenen Praktiker bekannt sind. Allgemein bekannt und gefürchtet ist die Zahnerkrankung, richtiger Zahncaries genannt, eine Vereinerung von kleinen Blutgefäßen und Nervenfasern, die dem einzelnen Zahne Ernährung und Empfindung vermitteln. Größere Defekte an einem Zahn können natürlich leicht durch Fortleitung der Caries zu sogenanntem Zahnerkrankung

Kaiser Franz Josef VII.

Quintessenz in die Weltliteratur.

Von Alexander Stern.

Karl und ich waren 1920 Redakteure eines Wiener Montagblattes. In einer heißen Sonntagsnacht stellten wir befürmert fest, daß weit und breit keine Sensation zu finden war. Dann schritten wir den Redaktionsdiener um vier Uhr. Wir befragten die Sache sehr lang, sehr laut und sehr lachend. Tags darauf hatte Wien, hatte Europa, hatte die Welt eine Sensation.

Karl und ich waren außer bei dem Montagblatt noch jeder bei einer andern Tageszeitung tätig. Karl fing verabschwörungsgemäß in seinem Blatte an, ich folgte. Und unsere Leser erfuhrten als erste die sensationelle und verblüffende Tatsache, daß Franz Josef I. nicht 1918, sondern schon 1896 gestorben, und daß der 1918 verbliebene Franz Josef ein falscher und nicht nur das, daß er schon der letzte kaiserliche Franz Josef gewesen sei.

Pang! Dies künde, behauptete die Nachricht, ausführlich in einer eben erschienenen Broschüre: „Franz Josef VII. Die Geschichte der sechs falschen Kaiser“ von Othmar Poblejshy, und der Inhalt der Broschüre lautet:

Franz Josef I. ist schon 1896 gestorben. Die Hofamoralia wollte aber weiterregieren, außerdem hatte sie Angst vor Franz Ferdinand, dem Thronfolger. Deshalb hatte sie schon längst ihre Vorbereitungen getroffen, hatte in aller Heimlichkeit im Schloß Sárovo des Grafen Clam-Gallas die „Franz-Josef-Akademie“ geschaffen und dorthin Doppelgänger des Kaisers gebracht, die durch Vertrauensleute in verschiedenen Orten der Monarchie aufgespürt, beobachtet und unauffällig auf ihre Eignung hin geprüft worden waren, ob sie eines Tages, wenn Franz Josef I. gestorben wäre, insgeheim untergebracht werden könnten. Sie mußten also so aussehen und sich so benehmen, daß nicht nur das Volk, sondern auch die Umgebung des Kaisers im Glauben erhalten werden konnte, es regiere noch immer Franz Josef I. Das spanische Zeremoniell am Wiener Hofe half den Verschwörern da niemand dem Kaiser nahe kommen durfte, auch die Familienmitglieder nicht.

Franz Josef I. starb also 1896 und die Komarilla verbergte seine Leiche in einem der zahlreichen Geheimtücher der uralten Wiener Burg. Dann holte man aus Sárovo Franz Josef II., einen gewöhnlichen Oberförster. Er lebte nicht lange. Heftig war die Geschichte mit Franz Josef III. Durch ihn, einen ehemaligen Wiener Hutmacher, wäre der Schwindel beinahe aufgedeckt worden. Von frühester Jugend an hatte er täglich in einem Bierhaus gegenüber der Hofburg sein Gabelstübchen eingenommen. Und was er als Bürger gepflegt und getan, nicht wolle“ er als Kaiser entscheiden. Er sprach ein kaiserliches Wort und infolgedessen erschien in Regierungenzeiten Franz Josef III. täglich um zehn Uhr vormittags in besagtem Bierhaus ein Hofkammer mit einem flaschengrünen Waffentrock, den weißen Reithosen, den ungeheuren Kanonenstiefeln aus Leder, den goldenen Hängschuhen und dem mächtigen schwarzen Kopfschmuck auf dem Helm und holte für Seine Majestät ein Krügel Bismar und ein Salzstange. Wer davon sprach, lächelte vernehmend. Wie man über die Schranken eines alten Herrn lacht, und die Patrioten waren um eine Knechte reicher.

Franz Josef IV. war der L. u. L. Generalmajor Rofchin v. Ralsch in Burg, damals Kommandant des Prozer Schmoldenhauers. Poblejshy erinnerte daran, daß damals in den Zeitungen wiederholt die Rede davon war, wie sehr der Monarch an seinen alten Uniformen hänge, und daß er mit dem Sturz eines Greises lieber gelächte Blusen und abgeschliffene Mäntel trug, als eine Neuanschaffung zu gestatten. Der Verfasser erklärt das: So sehr die einzelnen Erbkaiser auch ihrem Urbild ähnelt, so waren ihre Kleidermaße doch mehr weniger von denen Franz Josefs I. verschieden, und der L. I. Hofschneider Dubaschek äußerte einmal sub-

missiert keine Verminderung über diesen auffallenden Umstand. Die Folge war die Legende von „des Kaisers alten Kleidern“, die Komarilla sorgte dafür, daß sie durchsickerte, um Dubaschek und andern die Gelegenheit zu nehmen, sich alleruntertänigst über die wechselnden Kleidermaße des kaiserlichen Herrn zu wundern.

Unter dem vierten Franz Josef war die Gefahr der Entdeckung wieder da. Er konnte die Schutze des Kaisers nicht tragen, weil seine Größe um volle zwei Zentimeter zu groß waren. Man ließ im Hofbericht ausplaudern, der große Monarch müsse ja doch dem Alter seinen Tribut zollen; auch der erste Waidmann des Reiches vermöge der Ärgertigkeit nicht zu ertragen, dem bösen Zippertein; Hilfspantoffeln aber lehne der Oberste Kriegsberg als unsozial und verwechslend ab, und erst nach langen Vorstellungen des Leibarztes Czjellens Dr. Keryl habe er denselben zu willigen gerührt, wenigstens bescheidene Schutze zu tragen, schließlich Soldatenstiefel. So bekamen es die Untertanen zu sehen, und die Gefahr war wieder einmal gebannt.

Franz Josef V. regierte nur einige Wochen. Franz Josef VI. war vorher Staatsbeamter und blieb Kaiser ein humaner, friedfertiger Herr, der nie die Kriegserklärung unterzeichnet hätte, wäre er damals noch am Leben gewesen.

Ganz anders war Franz Josef VII. Er unterschrieb was man ihm vorlegte, ohne es zu lesen, unterschrieb das Ultimatum an Serbien, unterschrieb die Kriegserklärung und die Proklamation „An meine Völker!“ Als er dann erfuhr, wozu er mißbraucht worden war, soll er gesagt haben: „Na, das kann ja schön werden.“ Bis zu seinem Tode quälte ihn die Reue. Er ist es, der 1918 mit allem Pomp eines Monarchen in der Kapuzinergruft beigesetzt wurde.

Das alles konnte man, so schreiben wir, in dem angeführten Druckwerk lesen.

Die Folgen waren vor allem ein Sturm auf die Buchhandlungen. Man suchte die Broschüre Poblejshys. Die Buchhandlungen riefen in den Redaktionen der Blätter, welche die Nachricht gebracht hatten, an und erhielten den Bescheid: „Die Broschüre ist im Ausland erschienen, in Prag, und ist bereits vergriffen; in einigen Tagen erscheint eine zweite Auflage.“

In einigen Tagen! Zeit genug, um die Geschichte in den meisten Blättern der Welt aufzudecken zu lassen. Einige registrierten sie als Kuriosum, andre verließen sie mit drei Fragezeichen, wieder andre druckten sie ohne weiteres ab. Die Historie von den sechs falschen Kaisern lief durch alle fünf Erdteile. Sensation, Aufsehen, Bombe!

Die Ereignisse des Jahres 1920 waren aber so bewegt, daß es so gut wie unbemerkt blieb, als die zweite Auflage der aufsehenerregenden Broschüre über Franz Josef VII. nie erschien. Begreiflich. Es gab doch auch keine erste. Karl und ich hatten ja die ganze Geschichte erfunden.

Die Angelegenheit erschien erledigt. Die Welt vergißt rasch und gern. Dem war aber nicht so. 1930 tauchte die Mär wieder auf, als die Blätter des hundertsten Geburtstages Franz Josefs I. gedachten. Wie hätte ich das geglaubt. Und schon gar nicht, daß ich dadurch in die große Weltliteratur eingehen würde, namenlos und über die Dienstreise.

Karl hat das nicht nötig, der ist mit ein paar erschaffen Büchern längst drinnen. Ich stand höher draußen. Jetzt aber ist im Paul-Solnag-Verlag der neue Roman von Robert Neumann erschienen: „Das Schiff „Operance“ — und dort — und dort erzählt der Matrose Oberbauer die Geschichte unferes Franz Josef VII.

Pang! Bitte, kein Mißverständnis! Hier wird keine Plagiatsbeleidigung gegen Robert Neumann erhoben. Unser Franz Josef VII. ist eben Gemeingut geworden wie ein Volkslied.

Aber — ich kann mir nicht helfen: **Oh** bin nicht sehr stolz darauf.

Vom Prager Rundfunk

Mit Glück behandelte die Sendung dieser Woche Themen allgemeinen Gegenwärtigen. Rechtsanwalt Dr. Eduard Jahn berichtete über das neue Gesetz über die Jugendgerichtsbarkeit. Er ist Jurist, deshalb wollen wir über seinen Stil nicht mit ihm rechten, — seit uns Mitteleuropäern das Römische Recht geschenkt ward (ein wahres Danaergeschenk), glauben die Juristen aller Völker, ihre diversen Muttersprachen auf das Prokrustesbett des lateinischen Sprachbaues strecken zu müssen; das scheint einmal unabänderlich, wir resignieren. Das neue Gesetz, am 1. Oktober in Kraft getreten, bringt sicherlich in der Behandlung von Straftaten Jugendlicher viele Verbesserungen. Nun ergibt sich aber die größere Schwierigkeit der guten Durchführung guter Absichten: es gilt, geeignete Jugendrichter zu finden, die Straf- und Erziehungsanstalten für Jugendliche mit dem Geist moderner Erziehungsansätze zu erfüllen, — und das erscheint dem nicht einfach, der einen Blick in die bisherige Praxis solcher Anstalten tun durfte. Nur wenn gerade auf diese Seite des Problems die allgrößte Sorgfalt und unablässige Aufmerksamkeit gerichtet wird, kann die Anwendung des Gesetzes, wie der Vortragende wünschte, zur Besserung der Jugend und zur Herabsetzung der Kriminalität überhaupt führen. Dabei der Vorbehalt bestehen bleibt, daß für entsprechende Pflege und Instandsetzung seines Bundes Sorge zu tragen, um auch in Zeiten geschwächter Widerstandsfähigkeit allen Angriffen auf seine Jugendgesundheit gewappnet zu sein.

RHEUMATISMUS

Etwas ganz Neues gegen dieses quälende Leiden.

Bereits vor vielen hundert Jahren lernten die Eingeborenen von Süd-Amerika, die unter dem feuchtheißen Klima mit seinen übermäßig kalten, an Niederschlägen und Nebel reichen Nächten viel an rheumatischen Erkrankungen und Gliederleiden zu leiden haben, die wohltuende Wirkung der HERVEA-Pflanze kennen. Sie tranken den HERVEA-Tea gewohnheitsmäßig, um für alle Strapazen und Witterungsübungen gerüstet zu sein und um die schweren Arbeiten, die tropische Länder an ihre Bewohner stellen, verrichten zu können. Erst in neuerer Zeit gelang es europäischen Forschern das vorzugsweise Gehörnis der Eingeborenen, die Verwendung der HERVEA-Pflanze zu erkunden, wodurch auch uns die Möglichkeit geboten wurde, dies wunderbare Naturheilmittel aus Aschur zu machen.



Wenn Sie an Rheumatismus (Nicht, Hüftweh usw. Leiden und bereits jahrelang daran gelitten und auch Geld ausgegeben und viele Heilmittel mit nur wenig oder überhaupt keinem Erfolg ausprobiert haben, liegt Ihnen sicher daran, ein Heilmittel kostenlos zu versuchen, welches Sie sich selbst zu Hause zubereiten können. Es ist kein Geheimmittel, sondern eine einfache Pflanze, die Sie genau wie gewöhnlichen Tee zubereiten und ein oder zweimal im Tage trinken. Das Heilmittel ist nicht unangenehm im Geschmack, es ist wirkungsvoll und

Sie spüren die wohltuende Wirkung beinahe sofort.
Lobende Urteile bekannter

des HERVEA-Tees liegen vor. Es genügt vollkommen, wenn Sie aus Ihren Namen angeben und wir senden Ihnen dann sofort eine Probe unseres HERVEA-Tees gratis zu.
H. J. LEE, Vegetabilien-Export, London.
In der Tschechoslowakischen Republik sind Gratismuster nur erhältlich in der
Apothek z. F. Ullrich, Braumers Apotheke, Prag II, Pflöky 12.

wirkliche Besserung nur durch die Ausmerzungen der sozialen Wurzeln aller Kriminalität geschaffen werden kann.

Wesentlich mehr Kopfzerbrechen verursacht der Vortrag des Herrn Dr. Franz Wenzel, Sparfassenndirektors; anlässlich des Weltpartages wirkt er für Sparfassen. Er tut das sehr geschickt mit wirtschaftlichen und ethischen Argumenten, aber er läßt die Frage offen, was man sparen soll, wenn das Einkommen für das Nötigste nicht reicht oder gar überhaupt nicht vorhanden ist. Ja, vom volkswirtschaftlichen Standpunkt läßt sich überdies einwenden, daß durch die nun einreichende allgemeine Sparfassen die Abkopplung nur noch verschärft würde. Sparfassen predigen ja auch einige Minister bei der Budgetdebatte. Die Wirtschaft aber wünscht doch mehr zu verkaufen, — wie reimt sich das zusammen? In der Tat wird es sich nicht darum handeln, möglichst zu sparen, sondern möglichst große Mittel für den Konsum herbeizuführen, daß das kreisende Geld den Kreislauf der Güter wieder belebe, kapitalistisch gesprochen. Man sieht, das eine Heilmittel des Kapitalismus gegen die Krise ist nur ein Gegengift gegen das andere; wie wollen wir da gesund werden? Die Frage bleibt offen.

Das gleichfalls aktuelle Problem der Schlaflosigkeit (Schlafstörungen) behandelte Medizinalrat Dr. Wilhelm Reutra, Wien, mit wissenschaftlicher Gründlichkeit. Aber so heilfam keine Schlafmittel auch sein mögen, — das beste hat er nicht genannt, eine natürliche Lebensweise ohne die Arbeitshag und Sorgenqual unserer gesegneten Verhältnisse. Das ist freilich nicht in der Apotheke zu haben, sondern muß erst durch Umgestaltung der Gesellschaft erkämpft werden.

Die Landwirtschaftsreform „Aufgabe der Bäuerin in der jetzigen Notzeit“, behandelte wieder die Not der Landwirtschaft. Jede Landwirtschaftsreform läßt diesen Notfaktor erlösen; warum haben wir aber noch nichts von der Not des Stadtarbeiters, des geistigen Arbeiters, des Künstlers gehört? Geht es denen so gut, daß sie nicht zu klagen haben, keine guten Ratsschlüsse brauchen? Man unterschätze die Propaganda nicht, sie in solche Beharrlichkeit der Wiederholung liegt.

Die Kunst näherte sich uns zunächst mit einer erfrischen, schönen Allerseelenfeier, von den Herren Höglin, Andersien und Adler durchgeführt. Dr. Anton Roucha empfahl als gute und spannende Reizwerke die Geschichte der Andreepedition „3 Jahre verschollen im Padois“, Paul Bauer: „Im Kampf mit dem Himalaja“, Martin Johnson „Das Löwenrud“ und S. G. Howard „Zehn Wochen bei chinesischen Banditen“.

Mit Freude begrüßen wir die neue Reihe Russische Zeitgeschichte. Gen. Edwin Janetschek führte in Jedd und Abichten dieser Reihe ein und gab erstmalig Nachrichten von schaffenden und nachschaffenden Künstlern der Zeit, von Draufführungen, Büchern, Rundfunk, Filmen, Schallplatten und anderen Angelegenheiten im Reiche der Russen. Wenn die kommenden Vorträge der Reihe halten, was dieser erste verspricht, dann werden wir mit ihr wieder einen wesentlichen Zuwachs an Bildungswert und Aktualitätserfolg bei unserer Sendung hoffen können.

In der Arbeiterbewegung endlich zeigte Gen. Dr. Emil Franzel klar und überzeugend das Wesen der Satire in den Werken von Karl Kraus. Wie der geborene Satiriker zum Diktator werden muß an der Verlogenheit seiner Umwelt und doch dabei gehaltender Künstler bleibt, das stellte sich leider in den von Hans Sichterich gesprochenen Beispielen nicht so deutlich dar, wie in Franzels Einführung. Da diese Kunst im höchsten und besten Sinne Wortkunst ist, darf zu ihrem Verständnis und Genuß kein Wort danebenliegen; es sind ihrer aber nur allzuviel unverständlich geblieben. Mögen recht viele Hörer daraus die Anregung gewinnen, zu Karl Kraus' Werken zu greifen und sich damit selbst am besten zu entschädigen.
Fürstman.

